



THESEN ÜBER IRLAND

Das Internationale Exekutivkomitee der iST hat die hier veröffentlichten Thesen über Irland am 5. August 1977 angenommen. Sie sind das Ergebnis der politischen Arbeit, die die iST den komplexen Problemen der nationalen Frage bei geographisch vermischten Völkern gewidmet hat. Als solche halten diese Thesen die bedeutenden Erweiterungen und Verbesserungen fest, die die iST in ihrer programmatischen Herangehensweise an die irische Frage in den letzten Jahren vorgenommen hat. Initiiert wurden die Thesen auf der Grundlage von Diskussionen, die in der London Spartacist Group im Herbst 1976 über die irische Frage geführt wurden.

1. Die gegenwärtige Situation und die gesellschaftlich-politischen Strukturen in Irland sind das Ergebnis einer Jahrhunderte währenden brutalen Herrschaft des britischen Imperialismus. Sie enthalten Züge, die für die ehemaligen Vielvölkerstaaten Osteuropas charakteristisch sind, aber auch für die kolonialen Siedlerstaaten, die ihre eigene Wirtschaftsordnung durch die Austreibung oder Vernichtung der einheimischen Bevölkerung errichteten sowie für Kolonien, in denen die einheimische Bevölkerung durch die relativ dünne Schicht einer kolonialen Beamtenhierarchie ausgebeutet und unterdrückt wird.

Da es keinen bedeutenden Teil der irischen Arbeiterklasse gibt, der sich historisch jemals von nationaler bzw. „kommunaler“ Unsicherheit befreit hätte, ist das Ergebnis eine augenscheinlich verfahrenere Situation, in der die Aussichten auf die Entwicklung einer echten klassenkämpferischen Achse und auf ein Ende des Teufelskreises imperialistischer Ausbeutung, Unterdrückung und „kommunaler“ Gewalttätigkeit sehr gering zu sein scheinen. Es ist sehr gut möglich, daß eine gerechte, demokratische, sozialistische Lösung in Irland nur unter dem Einfluß proletarischer Revolutionen außerhalb Irlands, ja konkret durch die Bajonette einer Roten Armee gegen den Widerstand eines großen Teils einer oder beider Volksgruppen der Insel herbeigeführt werden könnte.

Unabhängig davon, wie gerechtfertigt eine düstere Prognose für die nächste Zukunft sein mag, ist der

Konflikt in Irland trotzdem ein entscheidender Testfall für die Fähigkeit einer revolutionären internationalistischen Tendenz, analytische und programmatische Klarheit zu beweisen und die nationale Frage in der imperialistischen Epoche richtig anzugehen. Für Revolutionäre, die nicht mit den (letztendlich zum Völkermord führenden) Vereinfachungen der Nationalisten hausieren gehen wollen, kann die Situation außerordentlich komplex und verfahren erscheinen. Die „irische Frage“ bestätigt überzeugend die einzigartige revolutionäre Potenz und Relevanz des Verständnisses vom Leninismus, wie es die internationale Spartacist Tendenz besitzt, hier besonders im Verhältnis zu geographisch vermischten Völkern.

2. Ein wesentlicher Bestandteil unseres Programms ist die Forderung nach dem sofortigen, bedingungslosen Abzug der britischen Armee. Der britische Imperialismus brachte der Insel jahrhundertlang Ausbeutung, Unterdrückung und Blutvergießen. Von der britischen Präsenz kann nichts Gutes kommen; die bestehende Verbindung zwischen Nordirland und dem britischen Staat kann der irisch-katholischen Bevölkerung nur Unterdrückung bringen; sie ist damit eine Barriere für eine proletarische Klassenmobilisierung und für eine Lösung im Sinne des Proletariats. Wir stellen zur Erfüllung dieser Forderung nach dem sofortigen Abzug aller britischen Militärkräfte keine Vorbedingungen noch verwässern wir ihren kategorischen Charakter dadurch, daß wir Vorschläge für ihre schrittweise Erfüllung unterbreiten (wie z. B. einfach zu fordern, die Armee solle sich in ihre Kasernen oder aus proletarischen Bezirken zurückziehen).

Gleichzeitig betrachten wir die Forderung weder als Synonym oder konkrete Anwendung der Forderung nach irischer Selbstbestimmung (d. h. ein einheitlicher Staat für die ganze Insel) noch der nach einem unabhängigen Ulster — zwei Lösungen, die im Rahmen des Kapitalismus antidemokratisch wären, im ersten Fall gegenüber den Protestanten, im zweiten gegenüber den irischen Katholiken. Noch reicht die Forderung nach dem Abzug der britischen Truppen allein aus — so als wären Inhalt und Folge dieser Forderung automatisch revolutionärer Natur.

Leninismus und Arbeiterkontrolle.....22

Brief an die Liga Comunista de España.....32

Thesen über Irland...

Wie der hervorragende britische bürgerliche Historiker A.J.P. Taylor in einem Interview bemerkte:

„Ich weiß nicht, was der Ausdruck Blutbad heißen soll. Soll er heißen, daß Leute getötet werden? Nun, sie werden seit eh und je getötet. Die Alternative besteht nicht zwischen einem völlig friedlichen Nordirland, in dem niemand getötet wird, und einem Nordirland, in dem viele Leute getötet werden. Falls die Briten abziehen würden, würde es zu irgendeiner Lösung kommen. Zu welcher kann man im voraus nicht sagen; denn die Kräfte, die im Spiel sind, können erst eingeschätzt werden, wenn sie in Aktion treten...“

... die Anwesenheit der britischen Armee in Irland verlängert die Dauer des Konflikts und der Unsicherheit...“

Dies [die Möglichkeit eines vereinigten Irlands] ist eine Frage relativer Stärke. Aufgrund der Geschichte der letzten dreißig Jahre oder vielleicht länger, aufgrund der Geschichte seit 1885, als Randolph Churchill Winstons Vater — als erster den Ruf „Ulster will fight and Ulster will be right“ erhob, in den letzten neunzig Jahren also hat man den Protestantismus Nordirlands beigebracht, sich selbst als ein separates Gebilde, fast als eine separate Nationalität innerhalb Irlands zu begreifen; sie haben jetzt eine langfristige Herrschaft in Nordirland errichtet, teilweise aufgrund ihrer überlegenen ökonomischen Stärke, teilweise aufgrund der Unterstützung, die sie von der britischen Regierung erhalten haben, und teilweise weil sie die Entschlosseneren sind, oder es bis jetzt gewesen sind. Für sie ist die protestantische Vorherrschaft die Antwort auf die Situation in Nordirland.“

Troops Out Nr. 2

Wie die Beispiele aus der Geschichte Indiens, Libyens, Zyperns und Palästinas zeigen, sichert der Abzug des britischen Imperialismus — wengleich notwendiges Ziel der kommunistischen Avantgarde — an sich nicht automatisch das Vorwärtsschreiten in eine revolutionäre Richtung. So muß die Forderung nach dem sofortigen Abzug der britischen Armee aus Nordirland mit dem vollen revolutionären Programm verbunden und Teil desselben sein.

3. Als Leninisten sind wir gegen jede Form nationaler Unterdrückung und nationaler Vorrechte und treten für die Gleichberechtigung der Nationen ein. Lenin legte 1913 kurz und bündig die fundamentalen Prinzipien dar, die der revolutionären sozialdemokratischen Position zur nationalen Frage zugrunde liegen:

„Als Demokraten sind wir unbedingt gegen jegliche, selbst die geringste Unterdrückung irgendeiner Nationalität, gegen jegliche Privilegien der einen oder anderen Nationalität. Wir fordern als Demokraten die freie Selbstbestimmung der Nationen *in der politischen Bedeutung* dieses Wortes (siehe das Programm der SDAPR), d. h. die Freiheit der Lostrennung. Wir fordern unbedingte *Gleichberechtigung* aller Nationen im Staat und unbedingten Schutz der Rechte jeder nationalen Minderheit. Wir fordern weitgehende Selbstverwaltung und Autonomie der einzelnen Gebiete, die unter anderem auch nach nationalen Merkmalen abzugrenzen sind.“ [Hervorhebung im Original]

— Lenin, „Entwurf einer Plattform zum 4. Parteitag der Sozialdemokratie Lettlands“, *Werke*, Bd. 19

Das Recht auf Selbstbestimmung bedeutet also einfach das Recht, einen separaten Staat zu errichten, das Recht auf Lostrennung. Wir weisen die Vorstellung zurück, daß es „Freiheit von jeder Einmischung und Kontrolle von außen“ bedeutet oder ökonomische Unabhängigkeit mit sich bringt. Im allgemeinen Sinne ist das Recht auf Selbstbestimmung an keine Bedingung geknüpft und unabhängig von dem Staat, der entsteht, oder dessen Führung.

Dieses Recht ist für Leninisten jedoch keine absolute

Forderung, kein kategorischer Imperativ, den es gilt jederzeit und überall, wo es eine Nation gibt, in die Tat umzusetzen. Es ist nur eine in einer ganzen Reihe von bürgerlich-demokratischen Forderungen; es ist ein dem Ganzen untergeordneter Teil der gesamten Programmatik. Wenn die besondere Forderung nach nationaler Selbstbestimmung zu wichtigeren Forderungen oder den allgemeinen Erfordernissen des Klassenkampfes in Widerspruch gerät, dann sind wir gegen ihre Durchsetzung. Wie Lenin feststellt:

„Die einzelnen Forderungen der Demokratie, darunter das Selbstbestimmungsrecht sind nichts Absolutes, sondern ein *kleiner Teil* der allgemein-demokratischen (jetzt: allgemein-sozialistischen) *Weltbewegung*. Es ist möglich, daß in einzelnen konkreten Fällen der Teil dem Ganzen widerspricht, dann muß man den Teil verwerfen.“ [Hervorhebung im Original]

„Die Ergebnisse der Diskussion über die Selbstbestimmung“, *Werke*, Bd. 22

Insbesondere sind wir bei vermischten Völkern, die auf einem gemeinsamen Territorium leben, gegen die Ausübung des Rechts auf Selbstbestimmung durch eine Nation, wenn dies direkt mit dem gleichen Recht einer anderen Nation in Konflikt gerät. In dieser Situation gelten die gleichen allgemeinen Erwägungen, nämlich unsere Opposition gegen jede Form nationaler Unterdrückung und Privilegien; aber unter solchen Umständen kann das Recht auf Selbstbestimmung durch das eine oder andere Volk in Form der Errichtung seines eigenen bürgerlichen Staates nur dadurch ausgeübt werden, daß dieses Recht dem anderen Volk vorenthalten wird. Unter dem Kapitalismus wäre dies einfach eine Formel für die Umkehrung des

Deutsche Ausgabe

SPARTACIST

(Fourth Internationalist)

EIN ORGAN DES
REVOLUTIONÄREN MARXISMUS

Herausgegeben unter der Leitung des Interimssekretariats der internationalen Spartacist Tendenz gemäß den Richtlinien der „Erklärung für die Organisation einer internationalen trotzkistischen Tendenz“.

Redaktion:

Helene Brosius
Marianne Clemens
Liz Gordon
Wolfgang Hohmann

Silvia Lenz
Jan Norden
James Robertson
John Sharpe
Vladimir Zelinski

Verantwortlich für die Produktion: Louise Bolton

Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt in allen Fällen der Auffassung der Redaktion.

SPARTACIST PUBLISHING CO.
Box 1377, G.P.O., New York, N.Y. 10001, USA

Nr. 6

✻ x-523

Juni 1978



Britische Besatzungstruppen: „Befriedungsaktion“.

Donald McCullin/Magnum

Unterdrückungsverhältnisses, für gewaltsame Umsiedlungen der Bevölkerung, für Vertreibungen und schließlich für Völkermord. Es ist eine „Lösung“, die wiederholt in der Geschichte — z. B. in Indien/Pakistan, Israel/Palästina und Zypern — demonstriert wurde.

Im allgemeinen drückt sich unsere Unterstützung für das Recht auf Selbstbestimmung negativ aus: unerbittliche Opposition gegen jede Manifestation nationaler Unterdrückung, dies als Mittel, die Einheit der Arbeiterklasse herzustellen, nicht aber als Erfüllung der „offenkundigen Bestimmung“ oder der „Erbschaft“ einer Nation, noch als Unterstützung für „progressive“ Nationen oder Nationalismus. Wir unterstützen das Recht auf Selbstbestimmung und kämpfen für die nationale Befreiung, um die nationale Frage von der historischen Tagesordnung streichen zu können, nicht um eine weitere solche Frage zu schaffen. Bei vermischten Völkern kann es im Rahmen des Kapitalismus keine rein demokratische Lösung der nationalen Frage (z. B. durch das allgemeine Wahlrecht) geben.

Die gleichen allgemeinen Erwägungen gelten nicht nur für „vollständig herausgebildete“ Nationen, sondern auch für Nationalitäten und Völker, die sich noch unterhalb des Stadiums einer vollständig konsolidierten Nation befinden mögen, z. B. die Eriträer in ihrem Kampf gegen die amharische Vorherrschaft oder die Biafraner zur Zeit des nigerianischen Bürgerkriegs. Die historische Herausbildung einer Nation wird tatsächlich nicht selten erst im Verlauf des Kampfes um Selbstbestimmung auf die Probe gestellt und vollendet. Unsere Opposition gegen die Ausübung des Rechts auf Selbstbestimmung durch eines der vermischten Völker gilt auch da, wo eine oder mehrere Gruppierungen — auch wenn sie keine historisch voll entwickelten Nationen sind — eine im Verhältnis ausreichende Größe und ein kulturelles Niveau haben, daß ihre Ausübung der Selbstbestimmung nur eine neue Form bzw. die Umkehrung der Unterdrückungsverhältnisse bedeuten kann.

4. Konkret: in Irland wurde die Frage der Selbstbestimmung der irischen Nation durch die Errichtung der Republik Eire nicht vollständig gelöst. Aber heute die „Selbstbestimmung der irischen Nation“ zu fordern, stellt eine Leugnung der leninistischen Position zur nationalen Frage dar. Es ist die Pflicht von Revolutionären, sich völlig darüber im klaren zu sein, was der Ruf nach „Selbstbestimmung für das ganze irische Volk“ bedeutet.

Offensichtlich zielt die Forderung nicht auf die gleichzeitige Selbstbestimmung beider Volksgruppen ab, eine Unmöglichkeit für vermischte Völker im Kapitalismus. In einem anderen Sinne ist die Forderung ungefähr so sinnvoll wie der Ruf nach „Selbstbestimmung für das ganze libanesische Volk“ während des konfessionell-sektiererischen, „kommunistischen“ Blutvergießens Mitte letzten Jahres. Im Fall Irland ist eine solche Forderung völlig ungeeignet, die Frage der Protestanten von Ulster, die 60 Prozent des Kleinstaates und 25 Prozent der gesamten Inselbevölkerung ausmachen, in den Griff zu bekommen. Solch eine Forderung ist ein Ruf nach der Gründung eines einheitlichen Staates, der die ganze Insel umfaßt, einschließlich der *Zwangsvereinigung der Insel durch den irischen bürgerlichen Staat ohne Rücksicht auf die Wünsche der protestantischen Volksgruppe*. Es ist ein Aufruf an die irischen Katholiken, die Selbstbestimmung auf Kosten der Protestanten auszuüben. Es ist ein Ruf nach der einfachen Umkehrung der Unterdrückungsverhältnisse, ein impliziter Aufruf zum „interkommunalen“ Massaker, zu Zwangsumsiedlungen der Bevölkerung und letzten Endes zum Völkermord als dem Weg vorwärts zur irischen Revolution.

5. Das gegenwärtige sechs Grafschaften umfassende Gebiet in Nordirland ist ein konfessionell-sektiererischer Kleinstaat unter orangener Fahne, das Produkt einer imperialistischen Teilung. Vor der Teilung hätten sich Revolutionäre ihr in dem Bestreben widersetzt, im Kampf für die Unabhängigkeit vom britischen Imperialismus die

Thesen über Irland...

revolutionäre Einheit zu schmieden. Seit der Teilung jedoch, seit den sie begleitenden konfessionell-sektiererischen Gewalttätigkeiten und den demographischen Verschiebungen sowie der Errichtung einer *bürgerlichen* Republik im Süden ist es notwendig, sich der Zwangsvereinigung der sechs Grafschaften mit dem Rest Irlands zu widersetzen. Gleichzeitig aber garantiert der gegenwärtige Kleinstaat die politischen und ökonomischen Privilegien der Protestanten. Wir sind gegen den protestantischen Orange-Staat und die Forderung für ein unabhängiges Ulster als Form der Selbstbestimmung für die Protestanten, die notwendigerweise die Unterdrückung der irisch-katholischen Bevölkerung von Ulster aufrechterhält, die ja Teil der irisch-katholischen Nation ist. Da die Royal Ulster Constabulary (RUC — Königliche Polizei Ulsters) und das Ulster Defence Regiment (UDR — Verteidigungsregiment Ulsters) die lokalen Organe des repressiven Staatsapparates der Briten sowie das Übungsfeld für die gegenwärtigen protestantischen paramilitarischen Gruppen und eine künftige reaktionäre protestantische Armee sind, fordern wir: zerschlagt die RUC und das UDR!

6. Es gibt eine ganze Reihe von dringenden demokratischen Forderungen, die auf die Situation der unterdrückten irischen Katholiken in Nordirland zutreffen. Wir fordern volle demokratische Rechte für die katholische Minderheit und ein Ende der Diskriminierung bei der Wohnungsvergabe und bei Einstellungen. Aber solche Forderungen müssen mit Klassenforderungen verbunden werden, die den Rahmen bürgerlicher Demokratie sprengen. Ohne die Forderung nach der gleitenden Skala der Löhne und der Arbeitszeit beispielsweise würde die Forderung nach Beendigung der Diskriminierung einfach nur auf eine Nivellierung in einer bereits durch ökonomische Krisen gekennzeichneten Situation hinauslaufen. Die relevanten partiellen, negativen, demokratischen und ökonomischen Forderungen müssen in das revolutionäre Übergangsprogramm integriert werden, das den kapitalistischen Rahmen von Ökonomismus und demokratischem Reformismus sprengt.

7. Historisch waren die Protestanten Ulsters ein Teil der schottischen und englischen Nation. Der Aufstand der United Irishmen von 1798 wurde von der protestantischen Mittelklasse geführt und spiegelte den Einfluß der französischen und amerikanischen bürgerlichen Revolution auf die sich entwickelnde (überwiegend protestantische) kapitalistische Klasse in Irland wider. Dieser Aufstand gegen den britischen Imperialismus, der unter anderem durch die Entwicklung des reaktionären konfessionell-sektiererischen Orange-Ordens und der Mobilisierung der Bauernschaft durch katholische Priester niedergeschlagen wurde, war die Gelegenheit für die Geburt einer modernen Nation auf der ganzen Insel. Obwohl die modernsten kapitalistischen Sektoren lange Zeit in protestantischer Hand blieben, sind seitdem die Protestanten in ihrer Mehrheit als die loyalen und glühenden Verteidiger der Union mit dem britischen Imperialismus aufgetreten. Die unter Protestanten herrschende Bigotterie und diskriminierende Haltung gegenüber der irisch-katholischen Nation übertrifft nicht zufällig die schlimmsten Exzesse des „grünen“, irisch-katholischen Nationalismus, und die meisten konfessionell-sektiererischen Morde in der gegen-

wärtigen Periode sind von protestantischen paramilitarischen Gruppen begangen worden.

Obwohl noch keine Nation, sind die Protestanten gewiß kein Teil der irischen Nation und unterscheiden sich von der schottischen und englischen Nation. Gegenwärtig begründet sich ihre separate Existenz größtenteils auf der Abgrenzung zur irisch-katholischen Nation; auf ideologischer Ebene findet sie in religiösen Begriffen ihren Ausdruck. Mit ihren eigenen sozialen und kulturellen Strukturen (beispielhaft im Orange-Orden verkörpert) und ihrer historischen Gegnerschaft zur irischen nationalistischen Sache haben so die Protestanten als die „loyalistischen“ Verbündeten des britischen Imperialismus agiert. Gleichzeitig war die Loyalität in diesem Jahrhundert mehr Mittel als Zweck; siehe z. B. die Bereitschaft von Sir Edmund Carson, sich um deutsche Unterstützung zu bemühen, falls der britische Imperialismus die Forderungen der Ulster-Protestanten nicht erfüllen würde, oder den Ulster Workers Strike 1974.

Aller Wahrscheinlichkeit nach wird sich der genaue Charakter der protestantischen Volksgruppe von Ulster erst nach dem Abzug der britischen Armee definitiv herausstellen, und dies wird auch von den Begleitumständen abhängen. Diese werden in schärfster Form die Zukunft der Protestanten und die „Lösung“ der irischen Frage aufwerfen. Die von A.J.P. Taylor aufgeworfene Lösung ist nur eine Möglichkeit unter mehreren:

„Die Frage ist, ob die irische nationalistische Mehrheit stark genug ist, um die Protestanten zu vertreiben. Wenn ja, dann ist das die beste Lösung.“

— zitiert im *Guardian* [London], 13. April 1976

Gleichzeitig ist eine „zionistische“ Lösung aufgrund des sozialen Organisationsgrades, der Bewaffnung, der militärischen Schlagkraft, der Bündnisse der Protestanten durchaus denkbar. Andererseits würden sich zweifellos Möglichkeiten für eine klassenmäßig bestimmte Lösung ergeben, wenn der Abzug der britischen Armee gleichzeitig mit massiven Klassenmobilisierungen vor sich gehen würde.

8. Versuche, die getrennte Identität und die unterschiedlichen Interessen der Ulster-Protestanten mit dem altbekannten liberalen Spruch zu ignorieren oder zu leugnen, britische oder andere Sozialisten könnten „den Iren nicht erzählen, wie sie ihren Kampf zu führen haben“, oder dem Argument, daß nur unterdrückte Nationen ein Recht auf Selbstbestimmung besäßen, können auf der Basis allgemeiner theoretischer Überlegungen leicht zurückgewiesen werden. Die Protestanten stellen weder eine Kolonialadministration (wie die Briten in Indien) noch eine abgeschlossene Rassenkaste dar (wie die Weißen in Südafrika). Argumente, daß etwa die Protestanten keine legitimen Ansprüche hätten, da sie ursprünglich Siedler gewesen seien und der gegenwärtige Kleinstaat durch den Imperialismus künstlich geschaffen worden sei, stützen sich letztendlich auf Vorstellungen des nationalistischen Irredentismus und einer „historischen Gerechtigkeit“. Obwohl manchmal in der Forderung zum Ausdruck gebracht, daß die Protestanten „nach Hause“ gehen sollten, führen solche Argumente im Endergebnis zum Völkermord. Ebenso unangemessen ist es, die Protestanten einfach nur als einen rückständigen Teil der irischen Nation zu beschreiben, deren Loyalismus bzw. Orangeismus nur imperialistische Ideologie ist, der man einen gewissen nationalistischen

Anstrich gegeben hat, um eine Massenbasis zu gewinnen.

9. Der protestantische „Kommunalismus“ hat in den marginalen Privilegien, die die protestantischen Arbeiter genießen, tatsächlich eine materielle Basis. Der eindeutige Versuch, sich mit der getrennten Identität der protestantischen Volksgruppe in „marxistischen“ Begriffen auseinanderzusetzen und sie abzutun, ist die Beschreibung der protestantischen Arbeiterklasse als einer „Arbeiteraristokratie“. Diese Erklärung ähnelt den neulinken Theorien über die amerikanische weiße Arbeiterklasse; sie stellt den Versuch dar, den Begriff so zu erweitern, daß seine ursprüngliche Bedeutung dabei verloren geht und man nicht zu erkennen vermag, daß die protestantische Volksgruppe alle Klassen und Schichten der Gesellschaft umfaßt. Sogar die Behauptung, daß die gesamte protestantische Arbeiterklasse Nordirlands eine Arbeiteraristokratie sei, ist eine grobe Entstellung dieses Begriffs. Die nordirische Arbeiterklasse insgesamt leidet unter so ziemlich den niedrigsten Löhnen, der höchsten Arbeitslosenrate und den schlimmsten Wohnverhältnissen auf den britischen Inseln. Auch ist das Lohngefälle zwischen protestantischen und katholischen Arbeitern nicht so groß, als daß man von einem sehr unterschiedlichen Lebensstandard der beiden Volksgruppen reden könnte.

10. Vom Standpunkt der allgemeinen Interessen des britischen Imperialismus ist die Grenze zwischen Ulster und der Republik heute anachronistisch:

„Soldaten und Beamte und Geld des Vereinigten Königreichs werden deswegen so stark in Nordirland eingesetzt, weil Westminster dort klare Verpflichtungen hat. Englische Regierungen des sechzehnten und siebzehnten Jahrhunderts siedelten die Kolonisten auf befestigten Plätzen an, deren

Nachfahren zur Hauptquelle für das Elend Irlands im zwanzigsten Jahrhundert wurden. London ist der Sitz der einzigen Autorität, die man in der Provinz kennt. Diese jetzt aufzugeben, würde das Problem der öffentlichen Ordnung intensivieren, ohne jedoch im geringsten einer Lösung der zentralen politischen Frage näherzukommen. Die Suche nach einer annehmbaren lokalen Regierung würde einfach unter verschlechterten Bedingungen fortgesetzt. Britannien hat kein strategisches Interesse an Nordirland mehr, und seine ökonomischen Interessen sprechen ja alle für einen Abzug; aber moralische wie auch praktische Erwägungen erfordern, daß das britische Engagement erhalten bleibt, bis die Lösung der Probleme und die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung zumindest in Sicht sind.“

— *Observer* [London], 1. Februar 1976

Während der britische Imperialismus die konfessionell-sektiererische Teilung historisch benutzt und zum eigenen Vorteil auf die „Ulster-Karte“ gesetzt hat, ist er zum jetzigen Zeitpunkt nicht unbedingt an der Aufrechterhaltung des Orange-Kleinstaates interessiert und würde ein Übereinkommen bevorzugen, das ihn seiner direkten politischen Verantwortung auf der Insel entheben würde. Angesichts des Niedergangs der Industrie von Ulster und der wachsenden Investitionsmöglichkeiten im Süden ist die Grenze ein Hindernis für seine Gesamtinteressen. Doch während der britische Imperialismus zu diesem Zweck diverse Pläne ausheckt, ist er gezwungen, die kapitalistische Ordnung aufrechtzuerhalten und einen völligen Zusammenbruch der Gesellschaftsordnung zu verhindern. Die Tatsache, daß Ulster-Protestanten zunehmend von Unabhängigkeit reden, der Ulster Workers Strike 1974 und die beträchtliche Anzahl von Protestanten, die wegen politischer Straftaten inhaftiert sind, spiegeln nicht einfach



Gamma

Razzia britischer Truppen auf „verdächtige IRA-Mitglieder“ in Nordirland.

Thesen über Irland...

„taktische“ Differenzen zwischen den Imperialisten und ihren Untergebenen wider, sonder vielmehr die unterschiedlichen Interessen zwischen wirklich verschiedenen Kräften.

11. Wir weisen das Argument zurück, daß die protestantischen Arbeiter so reaktionär sind, daß nur Gewalt sie überzeugen kann und daß als *Vorbedingung*, um sie zu gewinnen, die Zerstörung des Orange-Kleinstaates nötig ist. Das Verständnis, daß die Unterdrückung mit der gegenwärtigen Teilung unauflöslich verknüpft ist, wird zu dem Konzept einer Revolution in „Etappen“ entstellt, in der die sozialistischen Aufgaben erst nach der Vollendung der nationalen Einheit auf der gesamten irischen Insel angegangen werden können. Manchmal wird mit diesem Konzept die Behauptung verbunden, es sei „naiv“ zu erwarten, die protestantischen und katholischen Arbeiter könnten anhand „ökonomischer“ Fragen vereinigt werden, da gerade diese es sind, die sie spalten. Analog dazu könnte keine Arbeiterklasse jemals ihre partikularen Interessen überwinden. Der Ökonomismus ist der politische Ausdruck für die Unfähigkeit der Arbeiterklasse, ohne eine revolutionäre Führung die bürgerliche Ideologie zu überwinden und ihr revolutionäres Klasseninteresse über spezifische, partikulare oder scheinbare Bedürfnisse und Wünsche zu stellen. Das oben angeführte Argument basiert auf der zentralen Prämisse der Ökonomismus — daß die Arbeiterklasse ihre unmittelbaren partikularen Interessen nicht überwinden und sich nicht mit allen Unterdrückten und der Zukunft der Menschheit identifizieren kann. Solch ein „Antiökonomismus“ ist eigentlich eine Verleugnung der Relevanz des Übergangsprogramms im Dienste des Nationalismus der Unterdrückten.

12. Die Protestanten fühlen sich berechtigterweise durch den Vorschlag eines vereinigten (bürgerlichen) Irlands bedroht, d. h. durch die Zwangsintegration in eine vergrößerte Version des reaktionär-klerikalen Staates Eire. Der „Kommunalismus“ und Nationalismus der Protestanten haben einen defensiven Charakter und sind nicht der Chauvinismus einer Großmacht. Ein vereinigt bürgerliches Irland wäre keine demokratische Lösung für die Erfüllung ihrer Ansprüche, und deshalb müssen wir eine solche Lösung zurückweisen. Solch ein Staat wäre zwangsläufig konfessionell-sektiererisch, und die Protestanten werden einem solchen Bund nicht freiwillig beitreten.

Die frühere Erfahrung der Bolschewiki weist auf die Schwierigkeiten einer solchen Lösung hin. Auf dem Zweiten Kongreß der Kommunistischen Internationale 1920 stellte der ukrainische Delegierte Mereshin in einem Zusatzantrag zu den „Thesen zur nationalen und kolonialen Frage“ fest:

„Die Erfahrung der Wechselbeziehungen zwischen den Nationen der Mehrheit und den Nationen der Minderheit auf Territorien mit vermischter Bevölkerung (in der Ukraine, in Polen, in Weißrußland) hat gezeigt, daß der Übergang der Macht aus den Händen der Großbourgeoisie in die Hände kleinbürgerlicher, republikanisch-demokratische Staaten aufbauender Gruppen die inneren nationalen Reibungen nicht verringert, sondern im Gegenteil äußerst verschärft. Die republikanische Demokratie, die im Kampf mit dem Proletariat gezwungen ist, den Klassenkampf mit dem nationalen Krieg zu vertauschen, wird schnell von nationaler Ausschließlichkeit durchdrungen und eignet sich leicht die

Erfahrung der älteren Lehrmeister nationaler Unterdrückung an, welche Erfahrung sich auf dem Gebiet des Aufhetzens der Volksmassen einer Nation gegen die Volksmassen der anderen und auf dem Gebiet der mit Hilfe des Staatsapparats durchgeführten Organisation von Massenhetzen zu Zwecken des Kampfes gegen die Diktatur des Proletariats leidenschaftlich wiederholt.“

Die gegenwärtige irische bürgerliche Republik ist ein klerikaler, reaktionärer Staat, in dem die katholische Kirche ein Beträchtliches an realer und latenter Macht ausübt. Ein wesentlicher Aspekt davon ist nicht das gegenwärtige Ausmaß religiöser Verfolgung oder Diskriminierung (obwohl die laufenden, hauptsächlich gegen die IRA gerichteten Repressionsmaßnahmen auf die Absichten der irischen Bourgeoisie hinweisen), sondern das Verhältnis des Katholizismus zum irischen Nationalismus, insbesondere da es die Grenzlinie zwischen den beiden Volksgruppen ziehen hilft.

Leninismus und Nationalismus sind grundsätzlich entgegengesetzte politische Standpunkte. So sind Revolutionäre, obwohl sie jede Form nationaler Unterdrückung bekämpfen, auch Gegner jeder Form nationalistischer Ideologie. Es ist eine Revision des Leninismus zu behaupten, daß der „Nationalismus der Unterdrückten“ progressiv sei und von kommunistischen Internationalisten unterstützt werden könne. In einer seiner wichtigsten Schriften über die nationale Frage betonte Lenin:

„Der Marxismus ist unvereinbar mit dem Nationalismus, mag dieser noch so ‚gerecht‘, verfeinert und zivilisiert sein. Der Marxismus setzt an die Stelle jeglichen Nationalismus den Internationalismus.“

— „Kritische Bemerkungen zur nationalen Frage“,
Werke, Bd. 20

Der Versuch, die oben erwähnten Züge des irischen Nationalismus und der irischen Republik einfach abzutun, die Unterstellung, daß diese Angelegenheiten irgendwie nicht wichtig seien, impliziert, daß irischer Nationalismus und Kapitalismus irgendwie „progressiv“ seien, keineswegs (im Gegensatz zu allen anderen Nationalisten und Kapitalisten) rassistische, geschlechtliche und „kommunale“ Spaltungen der Arbeiterklasse fördern, insbesondere aber Nichtangehörige ihrer Volksgruppe nicht diskriminieren und verfolgen würden.

13. Irland, wie andere Fälle vermischter Völker im Nahen Osten und Zypern, stellt eine schlagende Bestätigung der trotzkistischen Theorie der permanenten Revolution dar. Die unvermeidliche Schlußfolgerung ist, daß obwohl Revolutionäre allen Aspekten nationaler Unterdrückung entgegenzutreten, sie auch anerkennen müssen, daß die miteinander in Konflikt stehenden Ansprüche vermischter Völker nur im Rahmen eines Arbeiterstaates gerecht gelöst werden können. Wir kämpfen für eine irische Arbeiterrepublik als Teil einer sozialistischen Föderation der britischen Inseln. Obwohl die Errichtung eines vereinigten Arbeiterstaates auf der gesamten Insel am günstigsten sein mag, ist die obige Forderung algebraisch und läßt offen, welche Richtung die Protestanten einschlagen werden. Dies in Anerkennung der Tatsache, daß der Charakter der protestantischen Volksgruppe noch nicht von der Geschichte entschieden ist. In diesem Sinne ist sie Forderungen nach einer „vereinigten Arbeiterrepublik“ oder nach einem „vereinigten sozialistischen Irland“ (wo diese Forderung nicht ohnehin nur ein Ausdruck linker Etappentheorien nationalistischer oder stalinistischer Coueur ist) entgegengesetzt.

Die Forderung in den Kontext einer sozialistischen Föderation zu stellen, hat den zusätzlichen Vorteil, das wesentliche Verhältnis der proletarischen Revolution in dem gesamten Gebiet hervorzuheben, sowie auch die praktische Unmöglichkeit, die irische Frage außerhalb dieses Rahmens auf einer proletarischen Basis zu lösen. Dies und die starke Vertretung irischer Arbeiter in der Arbeiterklasse Englands führt uns zur Forderung nach einer die britischen Inseln umfassenden Gewerkschaftsföderation, als einer Methode, den gemeinsamen Kampf voranzutreiben und die Spaltungen in der irischen Arbeiterklasse zu überwinden.

14. Besondere Betonung muß auf die Forderung nach programmatisch verankerten antisektiererischen Arbeitermilizen zur Bekämpfung des „orangenen“ und des „grünen“ Terrors sowie des imperialistischen Wütens gelegt werden. Die britische bürgerliche Presse und die blutbefleckten Handlanger der britischen Imperialisten in der Labour Party reagierten hysterisch auf einen von der rechtsgerichteten Antragskommission zusammengesetzten Antrag auf der Konferenz der Labour Party 1976, in dem der Abzug der britischen Truppen und die Schaffung von Milizen, gestützt auf die Gewerkschaften, gefordert wurden. Der Antrag war jedoch nur das unbeabsichtigte Ergebnis bürokratischer „Zusammenfassung“, einerseits von Anträgen, in denen die Positionen von Enthusiasten des irischen Nationalismus [unter britischen Labour-Linken] zum Ausdruck kamen, andererseits einer zähmen Resolution der Gruppierung um den *Militant*. Unsere Forderung ist nicht die gleiche wie die der zutiefst opportunistischen und in der britischen Labour Party tiefen Entrismus betreibenden *Militant*-Gruppe, die ihren

Ruf nach Gewerkschaftsmilizen mit der Forderung nach einem Truppenabzug auf eine Weise miteinander verbindet, daß die Existenz von Gewerkschaftsmilizen zur Vorbedingung für den Truppenabzug wird, und die glaubt, die Milizen würden organisch aus ökonomistischen Kämpfen hervorzunehmen. In Ulster besteht das Problem nicht darin, daß die Arbeiter nicht bewaffnet sind. Solche Milizen werden eine breite und starke programmatische Basis brauchen, sonst werden sie in irgendeiner Sackgasse scheitern oder eingekauft werden. Sie können sich nicht einfach aus dem Tradeunionismus herausentwickeln, sondern erfordern grundsätzlich die Existenz eines starken Kadern, der genügend Autorität hat. Jede Milizeinheit würde zumindest ein Mitglied aus der anderen Volksgruppe sowie die Präsenz und starken Einfluß gut ausgebildeter revolutionärer Kader benötigen. Folglich ist die Forderung nach einer antisektiererischen Arbeitermiliz eng mit dem Wachstum einer auf einem entwickelten revolutionären Programm basierenden leninistischen Partei verbunden. Würden sie sich z. B. nicht auf die Forderung nach dem sofortigen Abzug der britischen Armee stützen und ohne unsere Analyse des Terrorismus wären solche Arbeitermilizen einfach nur bewaffnete Helfershelfer der „Frauenfriedensbewegung“.

15. In militärischen Konflikten zwischen irischen nationalistischen Organisationen und der britischen Armee oder staatlichen Behörden verteidigen wir die Aktionen der ersteren, da dies immer noch der Kampf einer unterdrückten Nationalität gegen den Imperialismus ist, ungeachtet der Tatsache, daß ihr Kampf manchmal mit einem Programm verbunden ist, welches im Falle seiner Durchsetzung die demokratischen Rechte der Protestanten verletzen würde. Diese Haltung besagt nichts über das Programm dieser Gruppen, die von solchen, die der zionistischen Stern-Bande und der EOKA von Grivas ähneln, bis zu radikaleren „sozialistischen“ Nationalisten reichen können.

Außerhalb dieses militärischen Kampfes mit dem britischen Imperialismus und seinen direkten Agenten überragt der nationale bzw. „kommunale“ Aspekt im Konflikt zwischen der irisch-katholischen und der protestantischen Volksgruppe und ihren respektiven Organisationen alle formalen Unterschiede zwischen links und rechts. Solche Gewalttaten richten sich oft gegen nichtsektiererische Symbole (wie z. B. Kneipen, die gemeinsam von katholischen und protestantischen Arbeitern besucht werden) und sind ein Hindernis für jede Form gemeinsamen Klassenkampfes. Terroristische Aktionen von Organisationen der unterdrückten irisch-katholischen Volksgruppe gegen die protestantische Volksgruppe sind kein Schlag gegen den Imperialismus und sind nicht als „Gewalt der Unterdrückten“ zu rechtfertigen. Sie sind nicht „progressiver“ als ähnliche Aktionen der protestantischen paramilitärischen Gruppen und können genauso wenig wie diese verteidigt werden. Im Gegensatz zu Angriffen auf britische Armeeposten oder dem Anschlag auf die Aldershot-Kaserne, die politisch zu verteidigende Aktionen darstellen, sind Attentate auf Kneipen (in katholischen als auch in protestantischen Vierteln), die Anschläge auf die Londoner U-Bahn und andere derartige Aktionen wahllosen Terrors völlig unverteidigbar, da sie in keiner Weise einen Schlag gegen den Imperialismus darstellen. Solche Handlungen, die wie sie auf den Prämissen des Nationalismus und des

ABONNIERT

einschliesslich
Spartacist,
deutsche
Ausgabe

- 3 Probeexemplare — 1,-- DM
(in Briefmarken) Portokosten
- Jahresabonnement — 8,5 DM
(inklusive Porto)
- Auslandsluftpostabonnement —
10,-- DM (ein Jahr)

zu beziehen über:
Postfach 16747,
6000 Frankfurt/Main 1, BRD
Postscheckkonto Ffm 119 88-601
(W. Hohmann)

Thesen über Irland...

Völkermords basieren, können nur die konfessionell-sektiererischen Spaltungen zwischen den Volksgruppen vertiefen und Barrieren gegen die Einheit der Arbeiterklasse errichten.

Unter solchen Umständen erkennen wir das Recht beider Volksgruppen auf Selbstverteidigung an. Die bloße Behauptung einer Organisation, sie kämpfe im Interesse der Unterdrückten und gegen den Imperialismus, macht nicht alle ihre Handlungen verteidigbar. Wäre dies so, dann wären Revolutionäre verpflichtet gewesen, die Aktionen sowohl der EOKA auf Zypern wie auch der zionistischen Stern-Bande in Palästina zu verteidigen (Organisationen, denen die provisorische IRA ähnlich ist); und zwar nicht nur, als sie den Imperialismus angriffen, sondern auch bei ihren Angriffen gegen die türkische Gemeinschaft auf Zypern bzw. auf die Palästinenser (z. B. in Deir Yassin). Nur mit dieser Einschätzung des Terrorismus können die Arbeitermilizen in Nordirland dagegen gewappnet sein, den Terrorismus der Unterdrückten pauschal zu billigen oder aber ein Deckmantel für die Machenschaften des Imperialismus zu werden.

16. In der Geschichte der irischen Arbeiterbewegung hat es bedeutende Beispiele von Arbeitersolidarität gegeben, in denen die sektiererischen Spaltungen zeitweise überwunden wurden. Wie im Fall des Metallarbeiterstreiks in Belfast 1919 und der Massendemonstration gegen die Arbeitslosigkeit in den dreißiger Jahren, sind sie ausnahmslos mit massiven sektiererischen Mobilisierungen bekämpft worden, mit dem Ziel, die zerbrechliche proletarische Einheit zu zerschlagen. Auch wenn eine revolutionäre Partei fehlt, kann es zu Situationen vorübergehender Einheit kommen, wenn auch nur auf pazifistischer oder reformistischer Grundlage. Auf den

Morden in South Armagh folgten gemeinsame Demonstrationen protestantischer und katholischer Arbeiter, aber sie demonstrierten für eine Verstärkung der RUC, die zerschlagen werden muß.

Selbst solche Beispiele sind Indizien für ein Potential möglicher Arbeitereinheit. Die Beispiele von Klassensolidarität sind kein Beweis für einen tief sitzenden Zug zur Klasseneinheit; sie widerlegen nicht, daß die Situation durch sektiererischen Haß vergiftet ist. Sie weisen jedoch auf die Interventionsmöglichkeiten hin, die für eine revolutionäre Organisation, mag sie bis dahin vielleicht auch isoliert, schwach und klein sein, aufbrechen können, um den Verlauf des Konflikts auf eine Entscheidung zugunsten des Proletariats und auf die proletarische Revolution zuzuspitzen:

- Für den sofortigen und bedingungslosen Abzug der britischen Armee!
- Zerschlagt die RUC und das UDR!
- Nieder mit dem Anti-Terrorismus-Gesetz und allen anderen Ermächtigungsgesetzen in Britannien und Irland!
- Volle demokratische Rechte für die katholische Minderheit in Nordirland!
- Keine Diskriminierung bei der Arbeitsplatz- und Wohnungsvergabe! Für eine gleitende Skala der Löhne und der Arbeitszeit!
- Für eine auf das revolutionäre Programm sich stützende Arbeitermiliz! Kampf dem „orangenen“ und „grünen“ Terror und dem imperialistischen Wüten!
- Für eine einheitliche Gewerkschaftsföderation auf den britischen Inseln!
- Vorwärts zur irischen Sektion der wiedergeschaffenen Vierten Internationale!
- Keine Zwangsvereinigung! Für eine irische Arbeiterrepublik als Teil einer sozialistischen Föderation der britischen Inseln!



Brief an die LCE...

(Fortgesetzt von S. 32)

Arbeiter und die Zerschlagung der embryonalen Organe der Doppelherrschaft; zugleich rechtfertigte er die Aktionen des reaktionären Mobs, der die Parteizentrale der Kommunistischen Partei niedergebrannt hatte. In dieser Situation erklärte die SWP: „Die Sozialistische Partei ist mehr und mehr zum Sammelbecken für Kräfte innerhalb der Arbeiterbewegung geworden, die sich den Stalinisten nicht unterwerfen wollen.“

Im August desselben Jahres, als die Flammen von den Büros der Kommunistischen Partei in Nordportugal emporloderten, trat das Leitungsgremium der „Leninistisch-Trotzkistischen Fraktion“ zusammen, um den Entwurf eines Dokuments über „Die Schlüsselfragen in der portugiesischen Revolution“ zu diskutieren, das von der Führung der SWP abgefaßt worden war. Der theoretische Guru der PST, Nahuel Moreno, hatte in einem Brief an SWP-Führer Joseph Hansen eine Reihe von Differenzen mit dieser Analyse über Portugal zum Ausdruck gebracht. Hansen antwortete am 9. August 1975: „Mir scheint, daß die Hauptachse des [in Portugal] einzuschlagenden politischen Kurses der Trotzkisten die Verteidigung der demokratischen Errungenschaften sein muß“ ([SWP] *International Internal Discussion Bulletin*, Januar 1976).

In den Diskussionen des LTF-Leitungsgremiums waren es nicht die Delegierten der PST, die den Entwurf der SWP am schärfsten kritisierten, sondern die der spanischen LCE. Eine Erklärung des Politischen Büros der LCE („Zum Resolutionsentwurf über Portugal“) kritisierte den Entwurf, weil er die Regierung nicht als Volksfront bezeichnete, und wies auf die „einseitige“ Charakterisierung der Sozialistischen Partei hin: „... es gibt keine klare Analyse und Bestätigung für den konterrevolutionären Charakter ihrer politischen Linie.“ Die Kritik der LCE schließt mit den Worten:

„Wir können uns nicht darauf beschränken, das Programm ausschließlich auf die Verteidigung der demokratischen Rechte auszurichten, obwohl dies in einem konkreten Moment die Achse sein könnte.“

Andererseits sollten wir die Notwendigkeit für ein konkretes Programm betonen, um die [Arbeiter]-Komitees und -Kommissionen zu entwickeln, umzuwandeln und zu konsolidieren, was eine der zentralen Aufgaben ist, um die Klassenunabhängigkeit der Massenbewegung zu vertiefen.

Schließlich ist es notwendig, auf die zentrale Rolle hinzuweisen, die einer Regierungslosung zukommt als Ausdruck der Klassenunabhängigkeit und der Notwendigkeit, mit der Bourgeoisie zu brechen...“

Statt jedoch diese Differenzen auszukämpfen, stimmten die Vertreter der PST und der LCE für den Entwurf der SWP, wobei sie davon ausgingen, daß in der endgültigen Version ihre Kritikpunkte berücksichtigt werden würden. Nichts dergleichen passierte. Die von der SWP abgefaßte Version wurde veröffentlicht, wobei die Achse der „demokratischen Rechte“ und die Apologetik für Soares unverändert geblieben waren.

Dieses Dokument nahm Moreno zum Anlaß, um mit der SWP zu brechen, obwohl es ihm sicherlich schwer fiel, seine Unterstützung für frühere LTF-Positionen zu erklären, die im gleichen Tenor abgefaßt waren. (Er unternahm nicht einmal den Versuch, seine neuentdeckte linke Phraseologie mit den eigenen schändlichen Erklärungen der PST zur Unterstützung des „institutionellen

Prozesses“ in Argentinien und gegen linke Guerillas in Einklang zu bringen!) Die Führung der LCE jedoch kapitulierte auf der ganzen Linie. Die Erklärung der Bolschewistischen Tendenz/PST berichtet darüber:

„Von Anfang an waren 90 Prozent der Fraktion gegen die Positionen der SWP zu Portugal und hatten in ihrer Kritik an dem Entwurf *Schlüsselfragen* gefordert, die Frage der Organe der Macht zu stellen. Die klarste und brillianteste Opposition kam von der Führung der spanischen LTF... Aus obskuren Gründen, die uns unbekannt sind, hat die spanische Führung der LTF vollständig vor der SWP kapituliert und die zweite Version der *Schlüsselfragen* akzeptiert ... in der praktisch dasselbe steht wie in der ersten. Dies provozierte eine Krise in der spanischen Fraktion...“

—[SWP] *International Internal Discussion Bulletin*, Januar 1977

Diese jämmerliche Rechtswendung der LCE-Führung zu Portugal kam bald auch in ihren politischen Positionen zu spanischen Fragen zum Vorschein, wo sie die reformistischen Rezepte der SWP völlig übernahm. In Portugal hinter Soares herzulaufen, führte logischerweise dazu, daß die LCE in Spanien hinter dem sozialdemokratischen Führer Felipe González her kroch.

In der Vergangenheit hatte die LCE darauf bestanden, sich bedingungslos der Disziplin der von den Stalinisten beherrschten Arbeiterkommissionen (comisiones obreras) zu unterwerfen, und gleichzeitig die LCR kritisiert, die z. B. versucht hatte, die comisiones obreras auf dem Höhepunkt der Streikbewegung in Pamplona 1973 links zu überholen. Aber 1976 wechselte die LCE das Pferd, trat plötzlich aus den comisiones obreras aus, klagte die Kommunistische Partei an, sie würde demokratische Rechte unterdrücken (was sie aber schon immer getan hat) und trat in die sozialdemokratische Gewerkschaftsföderation UGT ein. Dabei blieb sie jedoch ihrer Nachtrabpolitik, ihrer „strategischen Einheit“ mit den reformistischen Irreführern treu, wie in der folgenden Erklärung von LCE-Gewerkschaftern über den Eintritt in die UGT nachzulesen ist:

„Wir akzeptieren die Statuten und Beschlüsse des Kongresses der UGT und wir werden nicht für ihre Zerschlagung kämpfen. Vielmehr werden wir die UGT stärken und ein Teil ihres linken Flügels sein, der für Einheit und die sozialistische Gesellschaft kämpft.“

— *Cambio* 16. 18. Oktober 1976

Mit dem beschränkten Material, das uns zur Verfügung steht, sind wir nicht in der Lage, eine umfassende Kritik der Politik der LCE in Spanien vorzunehmen. Ihre jämmerliche Kapitulation vor Soares, ihre völlige Anpassung an die sozialdemokratische Politik der SWP, die darauffolgende Auflösung der LCE auf Befehl des VS sind aber schlagende Beweise für die Unmöglichkeit, den Pabloismus und die Volksfrontpolitik zu bekämpfen, wenn man diesem pabloistischen verrotteten Block einer volksfrontistischen „Internationale“ loyal bleibt. Sogar denjenigen Kadern der LCE, die früher von der pseudoorthodoxen

„Vereinigtes Sekretariat: Vorwärts zur 2¼ Internationale“

in *Kommunistische Korrespondenz* Nr. 21, April 1978

0,80 DM

zu beziehen über:

Postfach 167 47, 6000 Frankfurt/Main 1, BRD
Postscheckkonto Ffm 11988-601 (W. Hohmann)

Brief an die LCE...

Phrasen der SWP/LTF geblendet wurden, sollte es jetzt endlich klar sein, daß *alle* Flügel des VS Renegaten vom echten Trotzismus sind.

6. Juni 1975

Liebe Genossen,

wir nehmen die Einladung vom Genossen M. zu einem Briefwechsel zwischen der internationalen Spartacist Tendenz und der LCE gern an. Wir müssen jedoch betonen, daß wir mit Euren politischen Positionen hinsichtlich einer ganzen Reihe wichtiger Themen nicht vertraut sind. Deshalb ist es der Hauptzweck dieses Briefes festzustellen, ob eine Basis für formelle Diskussionen zwischen beiden Organisationen existiert.

Zu Beginn wollen wir erklären, warum wir diese Gelegenheit ernst nehmen. Die LCE scheint uns eine der subjektiv ernsthaftesten und am weitesten links stehenden Gruppen in einem Sumpf zu sein, der den Namen „Vereinigtes Sekretariat“ führt. Im Gegensatz zu den kleinbürgerlichen Radikalen der Internationalen Mehrheits-tendenz (IMT) scheint auf Eure Organisation der (in Wirklichkeit betrügerische) Anspruch auf marxistische Orthodoxie seitens der sogenannten „Leninistisch-Trotzkistischen Fraktion“ (LTF) eine besondere Anziehungskraft ausgeübt zu haben.

Aber jeder Kommunist kann nur die äußerste Verachtung für Eure internationalen Blockpartner empfinden, die vollkommenen Reformisten der amerikanischen Socialist Workers Party und der argentinischen Partido Socialista de los Trabajadores! Die SWP und die PST sind geschworene Feinde der proletarischen Revolution: hinter den Zitaten von Lenin und Trotzki, die sie gegen die Guerillastrategie der IMT ins Feld führen, verbirgt sich die kriecherische Furcht, ihre eigenen Bourgeoisien zu verärgern.

Wir sehen aber einen wichtigen Unterschied zwischen der LCE und der SWP/PST. Letztere sind eben nur zynische Betrüger, die die volksfrontistische Politik der IMT rückhaltlos verurteilen, um dann aber im eigenen nationalen Revier eine noch schändlichere Klassenkollaboration zu betreiben. Im Gegensatz dazu hat die Liga Comunista die Volksfrontpolitik energisch denunziert — und das sowohl im eigenen Lande als auch da, wo Fraktionsgegner im Ausland die Täter sind.

Ohne diesen bedeutenden Unterschied zu unterschätzen, müssen wir doch auch die Tatsache sehr ernst nehmen, daß die LCE eine sympathisierende Organisation des „Vereinigten Sekretariats der Vierten Internationale“ (VS) ist, das weder vereinigt noch die Vierte Internationale, und Mitglied der „Leninistisch-Trotzkistischen Fraktion“, die weder leninistisch noch trotzkistisch und übrigens auch keine Fraktion ist. *Die Liga Comunista präsentiert sich somit dem spanischen Proletariat als Anhänger einer Schein-„Internationalen“, der eine zweite Organisation im Lande angeschlossen ist, die Liga Comunista Revolucionaria (LCR), welche sich als unfähig erweist, die Klassenlinie gegenüber der Volksfrontpolitik zu ziehen, und die sogar jeden Augenblick der Volksfront der „Versammlung von Katalonien“ beitreten könnte. Ebenfalls müßt Ihr die Verantwortung für die abstoßenden Verrätereien der SWP*



Workers Vanguard

Die Spartacist League während des Kampfes gegen den Krieg in Vietnam: „Ganz Indochina muß kommunistisch werden!“

und der PST an sozialistischen Prinzipien übernehmen.

Um nur zwei der berüchtigsten Beispiele aus der jüngsten Zeit zu nennen: Ihr kennt sicherlich die Erklärungen der PST sehr gut, die praktisch dem mörderischen peronistischen Regime „kritische Unterstützung“ geben, wie auch die Forderung der SWP, Bundestruppen nach Boston zu entsenden. Wir wissen von keiner Stellungnahme der LCE, in der sie diese verräterischen Vertrauensbeweise von Führern der LTF in den kapitalistischen Staat verurteilt hätte. Es wäre töricht, auf ernsthafte formelle Diskussionen zwischen unseren beiden Organisationen zu hoffen, ohne daß die LCE den Ruf der SWP nach Bundestruppen und die Unterstützung der „Kontinuität“ der argentinischen Regierung durch die PST verurteilt hätte. Und es ist offensichtlich, daß eine solche Verurteilung für jeden ernsthaften Revolutionär den Bruch mit der Politik der LTF notwendig machen würde.

Ein solcher Bruch kann nicht mit ein paar Federstrichen vollzogen werden. Was notwendig ist, ist eine ernsthafte Überprüfung der tatsächlichen Politik der SWP und PST und eine ehrliche Einschätzung der Ursachen der von der LCE begangenen Fehler. Wir wissen, daß in der Vergangenheit Führer der Liga Comunista ernsthaft den Versuch unternommen haben, einige ihrer ehemaligen Positionen zu überprüfen. Als ein Repräsentant der IMT versuchte, die frühere ultralinke Politik der LCR gegenüber den Arbeiterkommissionen fallenzulassen, bestand die Encrucijada-Tendenz auf einer politischen Diskussion über die Ursachen dieser Politik. Werdet Ihr jetzt die gleiche Entschlossenheit zeigen? Angesichts Hunderter linker Militanten, die mit der stillschweigenden Einwilligung der Regierung verhaftet und ermordet wurden, deren „Kontinuität“ von Coral & Co. unterstützt wird, ist eine halbherzige „Kritik“ an bestimmten „Formulierungen“ der PST nicht genug!

Warum ist die Liga Comunista überhaupt mit der LTF liiert? Gegenwärtig fehlen uns die Informationen, um diese Frage beantworten zu können. Falls Ihr jedoch die gelegentlich orthodox klingenden Phrasen der Fraktionsdokumente von Joe Hansen ernst genommen habt und falls Ihr nicht voll und ganz mit der tatsächlichen Praxis der SWP und der PST vertraut seid, soll es ein Zweck dieses Briefes sein, den absolut betrügerischen Charakter jedes Anspruches aufzuzeigen, den diese Scharlatane auf den Trotzismus erheben, sowie die Quelle ihres Opportunismus zu



Boston 1974: Die SWP ruft nach sofortiger Entsendung von Bundestruppen nach Boston.

entlarven: den Pabloismus. (Auf die Konzeption der Einheitsfront als „Strategie“ werden wir ebenfalls eingehen.)

Ein Sozialdemokrat und ein Chamäleon

Die Erklärungen, die die PST im Laufe der letzten 15 Monate abgegeben hat, sind so offen klassenkollaborationistisch, daß man blind sein müßte, sähe man nicht den Abgrund, der diese reformistischen Sozialdemokraten vom revolutionären Trotzismus trennt. Die PST versprach in einer gemeinsamen Erklärung mit der KP und sechs bürgerlichen Parteien, die General Perón am 21. März 1974 vorgelegt wurde, den „institutionellen Prozeß“ zu befolgen und verurteilte all diejenigen (also z. B. Kommunisten), die ihn ändern wollen. Diese Erklärung unterstützt eindeutig „law and order“ des Kapitalismus, zumindest stellt sie sich implizit auf die Seite der Regierung und der liberalen bürgerlichen Parteien gegen linke Guerillas wie die ERP/PRT [Ejército Revolucionario del Pueblo/Partido Revolucionario de los Trabajadores].

Diese Implikation trat in einer Erklärung ganz deutlich zutage, die PST-Führer Juan Carlos Coral auf dem „multisektoralen“ Treffen mit der Präsidentin Isabel Perón am 8. Oktober 1974 abgab, wo dieser Pseudosozialist die Guerillas zum „Spiegelbild“ der rechten Todeskommandos (AAA) erklärte. Corals Rede enthielt eine Äußerung, die nur als Erklärung politischer Unterstützung für das peronistische Regime interpretiert werden kann: „Wir werden für die Kontinuität dieser Regierung kämpfen“, sagte der Vertreter der „trotzkistischen“ PST (*Avanzada Socialista*, 10.–15. Oktober 1974)!

Diese Erklärungen, mit denen man sich der peronistischen Regierung anbietet, sind nichts Neues. Der „Theoretiker“ der PST, Nahuel Moreno, hat dieses Spiel Jahrzehnte getrieben – zwölf Jahre lang mit Duldung des Vereinigten Sekretariats. Diese Tatsachen sind kein Geheimnis, und wir haben uns mit ihnen ausführlich in dem beiliegenden Artikel („Argentina: The Struggle Against Peronism“, *Workers Vanguard* Nr. 24, 6. Juli 1973) auseinandergesetzt. Es reicht schon aus zu erwähnen, daß Moreno Ende der fünfziger Jahre und Anfang der sechziger Jahre die Zeitschrift *Palabra Obrera* herausgab, die sich „Organ des revolutionären Arbeiter-Perönismus“ nannte

und behauptete, „unter der Disziplin von General Perón und dem peronistischen Obersten Rat“ veröffentlicht zu werden! Coral & Moreno haben erst vor kurzem angeboten, für die peronistische Wahlliste zu stimmen, falls 80 Prozent der Kandidaten der justizialistischen Partei Arbeiter wären (AS, 22. November 1972), und dem peronistischen Präsidenten, Hector Cámpora, haben sie versichert, er könne „auf unsere proletarische Solidarität zählen“ (AS, 30. Mai – 6. Juni 1973).

Wenn also heute die PST vor der peronistischen Regierung kapituliert, so könnt Ihr das nicht auf falsche Formulierungen oder auf eine angeblich kürzlich vollzogene politische Wende zurückführen. Auch sind für diesen Verrat nicht allein Coral (der nur der Sozialdemokrat ist, der er schon immer war) und Moreno (ein politisches Chamäleon, das rein instinktiv seine Farbe wechselt) verantwortlich. Um für das marxistische Prinzip der Unabhängigkeit der Arbeiterklasse zu kämpfen, ist es notwendig, mit Hansen und Mandel zu brechen, die für Morenos politische Machenschaften seit Jahren eine „linke“ Deckung lieferten.

Ein Beispiel: Moreno und Hansen greifen jetzt den Guevarismus der IMT scharf an, aber Anfang und Mitte der sechziger Jahre haben sie begeistert den sich auf Bauern stützenden Guerillakrieg unterstützt, wenigstens auf dem Papier. Moreno war damals der eifrigste Guerillaenthusiast von allen. 1961 schrieb er: „Die Geschichte ... hat die Theorie widerlegt, daß das Proletariat in den rückständigen Ländern die revolutionäre Führung darstellt.“ Damit warf er das Übergangsprogramm und die Theorie der permanenten Revolution über Bord. Es sei notwendig, fügte er hinzu, „eine Synthese aus der korrekten allgemeinen Theorie und Programmatik (der trotzkistischen) und der korrekten besonderen Theorie und Programmatik (der maoistischen oder castroistischen) herzustellen“ (N. Moreno, *La revolución latinoamericana*).

Wenn später schließlich ein Flügel der Partido Revolucionario de los Trabajadores (PRT), einer Sektion des Vereinigten Sekretariats, die von Moreno gegründet und „erzogen“ wurde, den städtischen und ländlichen Guerillakampf aufnahm, dabei „unseren Oberkommandierenden, Che Guevara“, rühmte und „die Beiträge, die Trotzki, Kim Il Sung, Mao Tse-tung, Ho Chi Minh und General Giap für die Revolution geleistet haben“, begrüßte (Roberto Santucho, zitiert in *Intercontinental Press*, 27. November 1972), dann liegt die Ursache hierfür nicht in der Resolution des „9. Weltkongresses“ über Lateinamerika. Hansen und Moreno sind genauso verantwortlich dafür wie Mandel, nur sind sie ein bißchen „vorsichtiger“, wenn es darum geht, den Worten Taten folgen zu lassen.

Wollt Ihr die kleinbürgerliche Guerillastrategie des Vereinigten Sekretariats bis zu ihrer Quelle zurückverfolgen? Wenn ja, dann müßt Ihr das Gründungsdokument des VS „Für die baldige Wiedervereinigung der trotzkistischen Weltbewegung“ (im März 1963 von der SWP-Mehrheit geschrieben) zurückweisen, in dem die Behauptung aufgestellt wurde, daß „der Guerillakrieg — unter der Teilnahme von landlosen Bauern und halbproletarischen Kräften und einer Führung, die den Willen entwickelt, die Revolution bis zum Ende zu führen — eine entscheidende Rolle bei der Unterminierung und dem beschleunigten Sturz einer kolonialen oder halbkolonialen Macht spielen“ kann. Die Revolutionary Tendency der SWP, Vorläuferin der Sparta-

Brief an die LCE...

cist League/U.S., entgegnete dazu, daß: „... ein Guerilla-Krieg mit bäuerlicher Basis und kleinbürgerlicher Führung als optimalen Ausgang nur ein antiproletarisches, bürokratisches Regime hervorbringen kann... Die Kolonialrevolution bekommt nur dann einen eindeutig progressiven Charakter, wenn das revolutionäre Proletariat eine solche [marxistische] Führung besitzt“ („Vorwärts zur Wiedergeburt der Vierten Internationale“, Juni 1963; siehe *Spartacist*, deutsche Ausgabe Nr. 1, Frühling 1974). Hansens Opposition zur Guerillastrategie ist nichts als Betrug!

Keine Internationale, sondern ein Nichtangriffspakt

So basierte bereits die Gründung des Vereinigten Sekretariats auf der Zurückweisung der Theorie der permanenten Revolution und der unentbehrlichen Führungsrolle der Arbeiterklasse unter ihrer trotzkistischen Avantgardepartei. Für die Patriarchen des ehemaligen Internationalen Sekretariats (Ernest Mandel, Livio Maitan, Pierre Frank) war dies einfach die Fortsetzung der pabloistischen Liquidationspolitik, die sie seit Anfang der fünfziger Jahre vertreten haben. Von Pablos „tiefem Entrismus“ in den stalinistischen Parteien bis zum Hochjubiläum Castros durch das VS haben diese professionellen Kapitulantinnen für einen nichtproletarischen Irreführer nach dem anderen eine Rechtfertigung parat gehabt.

Die SWP leistete dem Programm Pablos — der Auflösung in die reformistischen Parteien in den fünfziger Jahren — Widerstand, wenn auch erst nach längerem Zögern. Aber nach dem Wüten des McCarthyismus gegen die amerikanische Linke unterlag die Partei immer mehr dem Druck der Isolation. Als die kubanische Revolution auftauchte, erklärte Hansen, das neue Regime sei ein gesunder Arbeiterstaat („obwohl ohne die Formen der Arbeiterdemokratie“!); dadurch hoffte man, sich in seiner



„Multisektorales“ Treffen argentinischer Parteiführer mit Perón (März 1974). Zweiter von rechts: Juan Carlos Coral von der PST.

Popularität sonnen zu können. Allein die Revolutionary Tendency nahm die Position ein, daß Kuba ein qualitativ deformierter Arbeiterstaat und daß eine unabhängige trotzkistische Partei zur Führung der politischen Revolution notwendig sei, um die stalinistische Bürokratie zu entmachten und eine demokratische Sowjetmacht zu errichten. Die schon sechs Jahre währende Krise im „Vereinigten“ Sekretariat ist ein direktes Ergebnis seiner pabloistischen Politik. Nicht nur wurde auf dem 9. Kongreß keine „Wende“ vollzogen (mit der Ausnahme vielleicht, daß man mit dem Gedanken spielte, die bisher ausschließlich verbale Guerillastrategie in die Praxis umzusetzen); im Gegenteil: wenn „unbewußte Marxisten“ (Castro) Trotzkiisten ersetzen und „stumpfe Instrumente“ (aus Bauern bestehende Guerillatrups) die Aufgaben der leninistischen Partei erfüllen können, warum sollte es dann nicht möglich sein, allerlei Arten von sozialdemokratischen, halbmaoistischen und guevaristischen Elementen in „die Internationale“ einzubeziehen?

Ein solcher verrotteter föderalistischer Block von äußerst disparaten Kräften ist organisch *unfähig*, zu marxistischer Klarheit oder zu einheitlichen revolutionären Aktionen zu gelangen, wofür das VS Beweise genug liefert. Welche Position nimmt das „Vereinigte“ Sekretariat zum Beispiel zu Chile ein? Die SWP nennt Allendes Unidad Popular eine Volksfront; die IMT und PST leugnen dies jedoch. Indochina? Die IMT sieht in den vietnamesischen Stalinisten Revolutionäre, die gerade die „erste siegreiche ‚permanente Revolution‘“ seit Kuba durchgeführt haben, während die SWP sich geweigert hat, für irgendeine Seite in dem Klassenkrieg in Indochina Partei zu ergreifen, und gegenwärtig die Position vertritt, Südvietnam sei noch immer kapitalistisch!

Wie ist es mit der Position zur portugiesischen MFA, der französischen Linksunion, der chinesischen „Kulturrevolution“, dem Guerillakrieg, dem individuellen Terror? Das VS hat zu keiner dieser lebenswichtigen Fragen eine gemeinsame Position; in Übereinstimmung mit seiner menschenwichtigen Konzeption des demokratischen Zentralismus werden die entgegengesetzten politischen Linien entsprechend in der Presse der jeweiligen Sektionen veröffentlicht. Wen wundert es da, wenn es überall dort, wo es eine ansehnliche Zahl von LTF- und IMT-Anhängern in einem Land gibt, zu Spaltungen gekommen ist oder wenn dort bereits getrennte Organisationen existieren (Argentinien, Australien, Kanada, Mexiko, Peru, Portugal und die USA).

Bereits 1963, anlässlich der Gründung des VS, trat sein Charakter als prinzipienloser Nichtangriffspakt schon dadurch offen zutage, daß man wichtige Differenzen über die Spaltung 1953, China und andere Themen unter den Tisch fallen ließ. Ein anderes Element bei der Pseudowiedervereinigung war das stillschweigende Übereinkommen, den Verrat der jeweils anderen Seite nicht zu denunzieren, um die „Einheit“ nicht zu gefährden. In einer kürzlich veröffentlichten fraktionellen Polemik gegen die VS-Mehrheit hat die PST diesen Punkt sehr gut herausgestellt. Warum, so fragte sie, greift Mandel die PST an, wenn sie gemeinsame Erklärungen mit bürgerlichen Politikern unterschrieben hat, schweigt sich aber über die „Antikriegs“-Koalitionen aus, in die die SWP mit prominenten liberalen Demokraten eintritt?

„Wir möchten sie [die IMT-Führung] daran erinnern, daß auf dem Höhepunkt der Antikriegsbewegung in den Vereinigten



Rouge

Demonstration der comisiones obreras.

Staaten eine ganze Reihe von kleinbürgerlichen und sogar bürgerlichen Figuren bestrebt war, bei den riesigen Kundgebungen, die damals abgehalten wurden, auf der Rednertribüne mit anwesend zu sein. Die Trotzlisten in den Vereinigten Staaten waren nicht dagegen. Sie waren sogar dafür.

Aber was für ein Geheul haben die Ultralinken angestimmt! Sie betrachteten dies als schlüssigen Beweis dafür, daß die SWP einen ‚Block zwischen den Klassen‘ mit dem liberalen Flügel der Demokratischen Partei gebildet hätte und dabei in die sozialdemokratische ‚Politik‘ der Klassenkollaboration gefallen sei. Es ist einer der grundlegenden ‚Beweise‘, die immer noch von den Ultralinken in den Vereinigten Staaten (und anderswo) gegen die SWP vorgebracht werden, um die Anklage zu untermauern, die SWP sei ‚degeneriert‘, sei ‚reformistisch‘ geworden, habe die Arbeiterklasse ‚verraten‘.“

— *Intercontinental Press*, 20. Januar 1975

Die „Ultralinken“, die die klassenkollaborationistischen Antikriegskoalitionen der SWP denunziert hatten, waren natürlich wir, die Spartacist League; und die Führer der PST werfen hier einen wichtigen Punkt auf, um die Inkonsequenz der IMT zu beweisen. Aber Mandel versteht sehr gut, was es hieße, der SWP vorzuwerfen, in ihrem wichtigsten Arbeitsbereich für die Dauer eines halben Jahrzehnts Klassenkollaboration betrieben zu haben, nämlich die unwiderrufliche Spaltung des VS quer durch die Mitte und die Zerstörung seines Anspruchs, die Vierte Internationale zu sein.

Klassenkollaboration und die Antikriegsbewegung

Die Politik der Socialist Workers Party in der Antikriegsbewegung Ende der sechziger Jahre stellt tatsächlich ein klassisches Beispiel für ihre reformistische Politik dar. Der Aufbau von „Ein-Punkt-Koalitionen“ [single-issue coalitions] gegen den Krieg in Vietnam beherrschte die Aktivitäten der SWP von 1965 bis 1971; mittels dieser Politik wurde die Mehrheit der jetzigen Mitgliedschaft rekrutiert. In dieser Schule der Klassenzusammenarbeit

wurde sie erzogen, und wir können Euch versichern, daß die SWP sogar unter reformistischen Maoisten und Moskau-Stalinisten als das rechteste „sozialistische“ Element in der Antikriegsbewegung bekannt war. Die Maoisten machten Propaganda für den Sieg der FLN (wenigstens bis zum „Friedensabkommen“ 1973), aber die SWP weigerte sich stets, in dem in Indochina wütenden Klassenkrieg Partei zu ergreifen (mit der Behauptung, es gehe dort nur um die Frage der Selbstbestimmung). Sogar die amerikanische KP war in der Lage, linker als die SWP aufzutreten, als sie versuchte, Koalitionen über mehr als nur eine Frage aufzubauen (vor allem die „Volkskoalition für Frieden und Gerechtigkeit“). Die SWP griff sie als „Sektierer“ an, weil sie damit potentielle Kriegsgegner abschrecken würde, die in anderen Fragen nicht übereinstimmten.

In einem *Militant*-Artikel vom 22. November 1965 kam der Kern der „Antikriegsstrategie“ der SWP zum Vorschein. Dort wurde dazu aufgerufen, „sektiererische Differenzen beiseite zu lassen, um sich zu vereinen und beim Aufbau einer nationalen Organisation zu helfen, die jeden einbeziehen kann, der bereit ist, sich gegen die Präsenz der USA in Vietnam auszusprechen, unabhängig von seinem Engagement oder Nicht-Engagement in anderen Fragen“. Was Hansen & Co. wollten, war eine gemeinsame Organisation mit bürgerlichen Antikriegsgruppen und liberalen kapitalistischen Politikern, die verständlicherweise ihr „Nicht-Engagement“ zeigten, gegen den Krieg den proletarischen Klassenkampf zu führen.

Dies blieb keineswegs einfach leeres Gerede, Ausdruck unrealisierter opportunistischer Gelüste. Schon im Herbst 1965 betätigte sich die SWP als Makler, um das „Fifth Avenue Peace Parade Committee“ zusammenzuhalten, welches auf der Basis einer einzigen Losung, „Stop the War Now!“, und der Aufforderung zum Rückzug „aller ausländischen Truppen“ aus Südvietnam organisiert war. Dies stützte nicht nur die Position der amerikanischen Regierung mit ihrer Verdammung der „nordvietnamesi-

Brief an die LCE...

schen 'Aggression': es umging auch die grundsätzliche Verpflichtung proletarischer Solidarität, nämlich sich für den Sieg der vietnamesischen Revolution auszusprechen.

Eine ähnliche klassenkollaborationistische Formation war die National Peace Action Coalition (NPAC), die von der SWP Ende der sechziger Jahre gegründet wurde. Weit davon entfernt, nur ein ad-hoc-Bündnis zwecks Organisation einer Demonstration zu sein, war die von der SWP dominierte NPAC eine permanent auftretende Organisation mit einer eindeutigen politischen Linie und einem Vorstand, dem auch der demokratische Senator Vance Hartke angehörte. Aber schon vor der Teilnahme von Hartke war der Volksfrontcharakter der NPAC klar bewiesen: sie lehnte es ab, noch irgendwelche anderen Forderungen außer „Out Now!“ zu erheben, und verfolgte die Politik, Kundgebungen zu organisieren, in deren Mittelpunkt bürgerliche Politiker standen (Hartke, der [New Yorker] Bürgermeister John Lindsay, die Senatoren George McGovern und Eugene McCarthy usw.). Es war deshalb kein Zufall, daß in jedem Wahljahr (1966, 1968, 1970, 1972) die „unabhängige“ Massenbewegung gegen den Krieg ganz einfach verschwand, sobald die „Friedenskandidaten“ der Demokratischen Partei ihre Wahlkampagnen starteten. Und durch die Weigerung der SWP, zur Solidarität mit der indochinesischen Revolution aufzurufen, war eine Auflösung der NPAC garantiert, sobald der massive Rückzug der amerikanischen Truppen begann.

Im Gegensatz dazu kämpfte die Spartacist League gegen den imperialistischen Krieg der USA vom *Klassenstandpunkt* aus. Unter unseren Forderungen waren die folgenden: „Keine liberalen bürgerlichen Sprecher auf Antikriegsversammlungen!“. „Politische Streiks der Arbeiterbewegung gegen den Krieg!“. „Brecht mit den Demokraten und Republikanern — Schafft eine Arbeiterpartei!“. „Zerschlagt den Imperialismus — Sofortiger Abzug aller amerikanischen Truppen aus Asien!“ und „Sieg der indochinesischen Revolution — Kein Vertrauen in Arbeiterverräter, weder hierzulande, noch anderswo!“. Eine Forderung erregte auf allen Demonstrationen unweigerlich die ganze Wut der SWP-Ordner: „Ganz Indochina muß kommunistisch werden!“.

Unsere Politik stimmte völlig überein mit dem leninistischen Programm, daß der imperialistische Krieg nur durch den revolutionären Klassenkampf bekämpft werden kann. In einem Kommentar über die Zimmerwalder Konferenz unterstrich Lenin „jenen Grundgedanken unserer Resolution, daß der Kampf für den Frieden ohne revolutionären Kampf eine leere, verlogene Phrase ist, daß der einzige Weg der Erlösung von den Greueln des Krieges im revolutionären Kampf für den Sozialismus besteht“ („Der erste Schritt“, Oktober 1915). Aber in den ausführlichen Artikeln der SWP über den Vietnamkrieg und in den zahlreichen Demonstrationen, die von der NPAC organisiert wurden, werdet Ihr vergeblich einen Hauch des revolutionären Klassenkampfes verspüren. Man kann hier eine wichtige Parallele zu den Antikriegskoalitionen der amerikanischen KP in den dreißiger Jahren ziehen. In einer SWP-Broschüre mit dem Titel: „The People's Front: The New Betrayal“ [Die Volksfront: Der neue Verrat] schrieb James Burnham 1937:

„Am bezeichnendsten von allem ist die Anwendung der Volksfrontpolitik auf die ‚Antikriegsarbeit‘. Die Stalinisten zielen darauf ab, mittels einer Vielzahl pazifistischer Organisationen und besonders der direkt von ihnen kontrollierten American League Against War and Fascism eine ‚breite, klassenlose Volksfront all derjenigen, die gegen den Krieg sind‘, zu schaffen. Der klassenkollaborationistische Charakter der Volksfront wird schlagend durch die Verhaltensweise der Stalinisten in diesen Organisationen entlarvt. Von vornherein schließen sie die marxistische Analyse des Krieges als eines notwendigen Resultats der inneren Widersprüche des Kapitalismus aus, und der deshalb nur durch den revolutionären Klassenkampf gegen die kapitalistische Ordnung selbst wirklich bekämpft werden kann. Im Gegensatz dazu behaupten sie, daß alle Leute — egal aus welcher gesellschaftlichen Klasse oder Gruppe, ob sie nun gegen den Kapitalismus sind oder nicht — sich ‚vereinen‘ können, um den Krieg zu verhindern.“

Diese Beschreibung paßt buchstäblich auf das Treiben der SWP in der NPAC.

Am dramatischsten kam der Volksfrontcharakter der NPAC auf ihrer Konferenz im Juli 1971 in New York zum Ausdruck. Bei der Versammlung waren Senator Hartke und Victor Reuther anwesend, letzterer ein Vizepräsident der United Auto Workers, der nach dem Zweiten Weltkrieg beim Einschleusen von CIA-Geldern nach Europa für antikommunistische Gewerkschaftler mitgewirkt hat. Ein



SUBSCRIBE

First issue includes:

- The rebirth of British Trotskyism
- Tasks in Britain
- For a Trotskyist perspective in Turkey!
- In defence of the revolutionary programme
- Defend Cowley 9!
- For a proletarian perspective in Ireland!

Spartacist Britain: £1 for 12 issues

Joint subscription: *Spartacist Britain* (12 issues) and *Workers Vanguard* (24 issues) — £4 (includes English *Spartacist*)

Make payable/post to:

Spartacist Publications, PO Box 185, London WC 1H 8JE

Antrag der Spartacist League forderte den Ausschluß von bürgerlichen Politikern wie Hartke von der Konferenz; der Vorsitzende (ein Mitglied der SWP) weigerte sich, über den Antrag abstimmen zu lassen. Später, als Hartke und Reuther sprachen, protestierten die Spartacist League und Progressive Labor durch Zwischenrufe. Die SWP mobilisierte daraufhin ihre Ordner und griff die Protestierenden an, wobei mehrere von ihnen verletzt und brutal verprügelt wurden. Am darauffolgenden Tag wurden die Anhänger von SL und PL von der Konferenz ausgeschlossen (siehe „SWP Seals Alliance with Bourgeoisie“, *Workers Action* Nr. 10, September 1971). Einheit mit den Kapitalisten, Ausschluß der Kommunisten — das war die „unabhängige“ Antikriegspolitik der SWP!

Diese Pseudotrotzkisten propagierten und schufen Organisationen für jeden, der „bereit ist, sich gegen die Präsenz der USA in Vietnam auszusprechen, unabhängig von seinem Engagement ... in anderen Fragen“. Wir fragen Euch: Wie würde die LCE eine Organisation bezeichnen, zusammengesetzt aus all jenen, die, unabhängig von ihrer Klassenzugehörigkeit, gegen die Franco-Diktatur sind? Und was würdet Ihr über diejenigen sagen, die eine solche Koalition ins Leben rufen? Eure Antwort für Spanien ist eindeutig: Ihr nennt die Versammlung von Katalonien eine Volksfront (oder die Keimform einer Volksfront) und verurteilt die Klassenkollaboration der Stalinisten, die sie aufbauen. Was sagt Ihr zu den Vereinigten Staaten?

Bundestruppen oder Labor/Black Defense?

Wir könnten noch mehr Beispiele der antimarxistischen politischen Praxis der SWP auf allen Gebieten nennen: Sektoralismus (getrennte Parteien für Schwarze und Chicanos, „Selbstbestimmung“ für alle und jeden, inklusive für Indianer, Homosexuelle, Frauen usw.); Unterstützung der Gewerkschaftsbürokratie gegen „Störenfriede“ aus den Reihen der Basis; Blöcke mit bürgerlichen Feministen in der Frauenbefreiungsbewegung (folglich die Weigerung, die Forderung nach *kostenloser* Abtreibung aufzustellen); offene Unterstützung für Streikbruch (bei dem New Yorker Lehrerstreik 1968); der Ruf nach „community control“ (sogar in bezug auf die Polizei); grenzenloser Wahlkretinismus usw.

In den letzten Monaten hat die SWP ihre sozialdemokratischen Bestrebungen immer offener zum Ausdruck gebracht. Um einen liberalen Richter davon zu überzeugen, daß es keinen Grund für die Überwachung ihrer Jugendgruppe durch das FBI gebe, erklärte die SWP im Dezember 1974 in einem offiziellen Schriftsatz an das Gericht, daß die Partei kategorisch „Gewalt oder irgendeine andere illegale Tätigkeit“ ablehne. Kurz danach startete die SWP ihre „Präsidentschaftskampagne 1976“ mit einer „Bill of Rights für das werktätige Volk“, einer reformistischen Trickkiste, letztlich einem Aufruf, den Kapitalismus mittels Verfassungsänderung wegzureformieren!

Damals hat Peter Camejo, Präsidentschaftskandidat der SWP, in einem Interview mit der *New York Times* (21. April 1975) folgendes gefordert: „Kürzung des Kriegsbudgets“ (d. h. nicht seine Abschaffung), „Schluß mit den illegalen Verfolgungsmaßnahmen der CIA und des FBI“ (d. h. kein Wort gegen die legalen Aktivitäten dieser antikommunistischen polizeilichen Sondereinheiten) und „Opposition gegen die gegenwärtige Außenpolitik, die wir als imperialistisch bezeichnen“ (womit die reformistische



Cambio 16

Lange Jahre predigte die LCE die „bedingungslose“ Unterwerfung unter die Disziplin der comisiones obreras.



Cambio 16

Im Oktober 1976 verließen Mitglieder der LCE die comisiones obreras ..., um sich bedingungslos der UGT zu unterwerfen.

Illusion verbreitet wird, der Imperialismus könne dadurch beseitigt werden, daß man durch seine Stimmabgabe friedliebende Staatsmänner an die Regierung bringt!) Nicht eine der fünf von Camejo erwähnten Forderungen ging über das hinaus, was auch schon linksliberale Abgeordnete der Demokraten im Kongreß gefordert haben.

Aber im vergangenen Jahr hat sich der Kampf zwischen dem marxistischen Programm der proletarischen Klassenunabhängigkeit und der reformistischen Politik der Klassenzusammenarbeit angesichts einer ganz bestimmten Frage zugespitzt, nämlich der Forderung der SWP: „Bundestruppen nach Boston“. Im Verlaufe einer reaktionären Mobilisierung gegen Rassenintegration an den Schulen durch das von den Gerichten angeordnete „busing“² kam es zu einer Reihe von Angriffen durch den rassistischen Lynchmob gegen schwarze Schulkinder in Boston. Und als gute Reformisten, die sie nun mal sind, appelliert die SWP zum Schutze der Schwarzen an die bewaffneten Kräfte des kapitalistischen Staates — an die Schlächter von Indochina!

Revolutionäre warnen die arbeitenden Massen davor, irgendwelches Vertrauen in den bürgerlichen Staat zu setzen, und zeigen auf, daß er die Interessen der herrschenden Kapitalistenklasse, nicht aber die der Ausgebeuteten und Unterdrückten vertritt. Obwohl es durchaus richtig ist, die Durchsetzung eines Gesetzes zu fordern, welches demokratische Rechte untermauert (die Spartacist League gehörte dann auch zu den ersten, die für die Durchsetzung des gerichtlich angeordneten Busing-Planes eintrat), bringt die Forderung nach der Intervention von Bundestruppen die Zuversicht zum Ausdruck, daß diese die Interessen der

Brief an die LCE...

unterdrückten schwarzen Minderheit verteidigen werden. Im Gegensatz dazu appellieren Marxisten an die arbeitenden Massen, sich auf ihre eigenen Kräfte zu verlassen, und warnen davor, daß eine Intervention von Bundestruppen in Boston nur dazu dienen würde, jeden Versuch der schwarzen Bevölkerung zur Selbstverteidigung zu zerschlagen.

In Boston hat die Spartacist League zur Bildung von gemeinsamen Verteidigungstrupps der schwarzen und der Arbeiterbewegung („labor/black defense“) für Schulen, Kinder und schwarze communities aufgerufen, die von rassistischen Lynchbanden bedroht werden. In weltweit in der Presse erschienenen Fotos von den Demonstrationen in Boston waren unsere Transparente zu sehen, die diese leninistische Politik propagierten. Sie hat ebenfalls die Unterstützung einer Reihe schwarzer Militanter gewonnen. Die SWP reagierte darauf mit der Denunzierung unseres Aufrufs nach einer labor/black defense als „ultralinks“. „Die Forderung nach gewerkschaftlichen Verteidigungstrupps ist jetzt nicht realistisch“, meinte Camejo im *Militant* (1. November 1974), „... diese Forderung nach Gewerkschaftstrupps ist rein aus der Luft gegriffen. Sie ist kein ernsthafter Vorschlag.“

Hansen hat die Positionen der SWP zur Bostoner Busing-Krise in einem ausführlichen Artikel in *Intercontinental Press* (25. November 1974) für den internationalen Konsum aufpoliert. Dort bezeichnet er sogar die Forderung der SL nach labor black defense als eine „löbliche Position“. Dies ist aber einfach nur Augenwischerei für Uninformierte. *Kein einziges Mal* hat die SWP im vergangenen Jahr eine solche Forderung in Boston (oder irgendwo anders) aufgestellt. Ganz im Gegenteil: auf der Demonstration am 14. Dezember in Boston, wo der SL-Block „Keine Bundestruppen – Labor Black Defense!“ rief, begann in der Nähe der SWP-Block mit dem Sprechchor „Bundestruppen nach Boston“, um uns zu übertönen.

Eine scharfe Trennungslinie über die Frage der Bundestruppen nach Boston ist gezogen worden: die rassistische SWP und KP zusammen mit schwarzen Demokraten und dem liberalen demokratischen Bürgermeister in Boston fordern die Intervention von militärischen Kräften des kapitalistischen Staates; die Spartacist League tritt für die unabhängige Aktion der Arbeiterklasse ein – für labor black defense. Es ist die internationalistische Pflicht vorgeblich revolutionärer Kräfte, in dieser Frage Stellung zu beziehen. Bis heute hat jedoch keine einzige Sektion des VS öffentlich gegen den offenen Revisionismus der SWP in der zentralen Frage des Klassencharakters des Staates und der Haltung von Revolutionären ihm gegenüber Stellung bezogen. Wo steht die LCE?

Trotzki jedenfalls hat eine revolutionäre Politik vertreten. In den Thesen „Der Krieg und die Vierte Internationale“ (1934) schrieb er:

„Sich mit der Forderung, die Faschisten zu entwerfen, an den Staat, d. h. an das Kapital, zu wenden, bedeutet, die schlimmsten demokratischen Illusionen zu säen, die Wachsamkeit des Proletariats einzuschläfern, seinen Kampfeswillen zu demoralisieren... Die Sozialdemokraten, auch die linkesten, d. h. diejenigen, welche gerne bereit sind, allgemeine Phrasen über Revolution und Diktatur des Proletariats zu wiederholen, vermeiden sorgfältig die Frage nach der Bewaffnung der Arbeiter oder erklären ganz offen, diese Aufgabe sei ‚phantastisch‘, ‚abenteuerlich‘, ‚romantisch‘ usw.“

In einem Kommentar zu diesem Zitat schrieb die Bolschewistisch-Leninistische Fraktion (deren führendes Mitglied kürzlich aus dem Zentralkomitee der französischen Ligue Communiste Révolutionnaire [LCR] ausgeschlossen wurde): „... ‚Romantisch‘ sagten die linken Sozialdemokraten 1933, ‚unrealistisch‘ sagt Camejo heute zu uns; die Jahre vergehen, aber das Vokabular der Sozialdemokraten ändert sich kaum!“ (*Spartacist*, édition française Nr. 9, 16. Mai 1975).

Wir legen Artikel aus unserer Presse bei, die die Kontroverse über Bundestruppen nach Boston behandeln. Einige davon beschäftigen sich ganz konkret mit dem „Realismus“ der Forderung nach labor/black defense, nämlich durch Berichte über die Bildung eines gewerkschaftlichen Verteidigungskomitees, um das Haus eines schwarzen Gewerkschaftsmitgliedes vor rassistischen Angriffen zu schützen. Diese von Local 6 der „United Auto Workers“ durchgeführte Aktion in Chicago kam durch einen Antrag des „Labor Struggle Caucus“ dieser Gewerkschaft zustande; eines seiner Mitglieder führt den Verteidigungstrupp an. Der Caucus ist eine klassenkämpferische oppositionelle Gruppierung, die politisch von der Spartacist League unterstützt wird.

Einheitsfront: Taktik oder Strategie?

Wir haben den Versuch unternommen, die Presse der Liga Comunista sorgfältig zu studieren, um uns eine ausgewogene Meinung über Eure politischen Positionen und Eure politische Praxis zu bilden. Zuerst einmal fällt uns auf, daß sie sich sehr stark auf die iberische Halbinsel konzentriert; infolgedessen kennen wir Eure Positionen zu einer Reihe von wichtigen Themen nicht (darunter zu Kuba, Irland, zu den Nahostkriegen, zum kleinbürgerlichen Nationalismus in diversen Ländern). Da wir auch nur den ersten Band der Resolutionen Eures zweiten Kongresses haben, würden wir gern noch alle zusätzlich verfügbaren Dokumente bekommen.

Ein Großteil der Seiten von *Combate* und den Provinzorganen der LCE ist (korrekterweise) Berichten und Analysen über Arbeiterkämpfe und über die Studentenbewegung gewidmet. Nach dem Generalstreik 1973 in Pamplona, der Streikwelle im Bajo Llobregat 1974 und anderen wichtigen Streiks haben wir versucht, die Berichte von LCE, LCR, ORT [Organización Revolucionaria de los Trabajadores] und maoistischen Gruppen dazu zu vergleichen, soweit diese uns zur Verfügung standen. Während wir einige Eindrücke gewinnen konnten, sind doch noch einige wichtige Fragen für uns ungeklärt, und jedenfalls ist es riskant, bestimmte gewerkschaftliche Kämpfe aus der Ferne zu beurteilen. Wir möchten jedoch einiges anmerken über Eure Konzeption der strategischen Einheitsfront sowie allgemeiner über das Verhältnis dieser Lösung zu den Aufgaben von Revolutionären gegenüber den Arbeiterkommissionen [comisiones obreras].

In Eurem Brief an das Zentralkomitee der französischen Ligue Communiste („Regarding the Positions Taken by the Ligue Communiste in the Legislative Elections of March 1973“, Juni 1973, [SWP] *International Internal Discussion Bulletin* Nr. 5, Januar 1974) stellt die LCE fest:

„Der von den verräterischen Führungen eingeschlagenen strategischen Linie der Einheitsfront mit der Bourgeoisie, zur Zeit konkretisiert in der ‚Union de la Gauche‘, die *noch nicht einmal fähig ist, wirksam gegen Pompidou zu kämpfen*, muß die *revolutionäre Strategie der Klasseneinheitsfront* entge-

genstellt werden, die fähig ist, die unterdrückten Massen in Stadt und Land um das Proletariat zu polarisieren.“ [Hervorhebung im Original]

Derselbe Gedanke wird an anderen Stellen in Dokumenten der Liga Comunista in unterschiedlicher Form wiederholt, indem man im allgemeinen von einem „Klassenpakt“ spricht als der Alternative, die der Volksfront „auf allen Ebenen entgegengestellt“ werden muß.

Wie Ihr sehr wohl wißt, hat die französische OCI [Organisation Communiste Internationaliste] das Konzept der „Einheitsfrontstrategie“ dazu benutzt, um ihre Nachtrabpolitik zu rechtfertigen, die sie gegenüber der jetzigen reformistischen Führung der Klasse betreibt. Die widerlichste Anwendung dieser kapitulantenhaften Linie war der Aufruf der OCI, für Mitterrand zu stimmen, dem Einheitskandidaten der Volksfront, der „Union de la Gauche“, bei den französischen Präsidentschaftswahlen im vergangenen Jahr. Wir wollen kein Amalgam produzieren, indem wir die LCE mit der Politik Lamberts gleichsetzen, und wir sind uns der Tatsache bewußt, daß Ihr letztere kritisiert habt, weil sie „die taktischen Methoden der Einheitsfront ... zu einem strategischen Prinzip erhebt“ („The Crisis of the LCR and the En Marche Split“, [SWP] *International Internal Discussion Bulletin*, Bd. 10, Nr. 24, Dezember 1973).

Aber die Linie einer „Strategie der Klasseneinheitsfront“ führt letztendlich zu genau der Schlußfolgerung, bei der die OCI angelangt ist. Die globale Alternative zur klassenkollaborationistischen Politik der Reformisten ist nicht die allumfassende Einheitsfront der Organisationen, die behaupten, die Arbeiterklasse zu vertreten, und auch nicht ein mythischer „Klassenpakt“, sondern das *marxistische Programm der leninistischen Avantgardepartei*. Die Stalinisten und Sozialdemokraten aufzufordern, das Wahlbündnis mit bürgerlichen Parteien aufzukündigen, an die Reformisten zu appellieren, für bestimmte Forderungen im Interesse der Klasse zu kämpfen, ist sowohl prinzipiell richtig als auch notwendig; dies gibt uns die Möglichkeit,

den Massen anschaulich vor Augen zu führen, daß diese verräterischen Irreführer Feinde der proletarischen Revolution sind. Aber die Implikation, daß Agenten der Bourgeoisie in der Arbeiterbewegung in der Lage seien, das volle revolutionäre Programm der trotzkistischen Partei aufzunehmen, heißt die Massen zu verwirren, sie über das konterrevolutionäre Programm der Reformisten und die absolute Notwendigkeit einer unabhängigen trotzkistischen Partei im Dunkeln zu lassen.

Wir sind uns der Tatsache bewußt, daß die LCE vor dem Verrat der Stalinisten warnt und die Notwendigkeit einer trotzkistischen Partei betont. (Gelegentlich tut dies auch die OCI.) Aber wenn — wie Ihr sagt — die Einheitsfront das ganze Programm der proletarischen Klassenunabhängigkeit von der Bourgeoisie umfaßt (im Gegensatz dazu, unter bestimmten Bedingungen *ein* Ausdruck davon zu sein), und wenn die Stalinisten in der Lage sind, die Einheitsfront aufzugreifen: dann hören sie sicherlich auf, Reformisten zu sein, die — koste es, was es wolle — die kapitalistische Herrschaft aufrechterhalten wollen. In der „strategischen Resolution“ des zweiten Kongresses der LCE („Hacia la república socialista — Por el partido de la IV Internacional“) wird dies jedoch klar impliziert, wo man auf imaginäre Anschuldigungen der „Apparate“, die Einheitsfront sei nur ein Manöver, folgendes erwidert:

„Wenn ihr euch für die Einheitsfront aussprecht und konsequent in dieser Richtung kämpft, wird das eine große Hilfe für die Arbeiterklasse sein: sie wird ihre Reihen um ihre Organisationen schließen, und sie wird den Schwung ihrer Angriffe gegen die Kapitalisten und ihr Regime vervielfachen. Dann werden wir aufhören, euch nach den Tatsachen eurer schrecklichen Vergangenheit und eurer gegenwärtigen Verrätereien zu beurteilen. Wir werden die neuen Tatsachen aufmerksam registrieren.“

Genossen, als Trotzki sagte, daß die Reformisten unter besonderen Umständen gezwungen werden könnten, weiter zu gehen, als sie beabsichtigten, meinte er damit *nicht*, daß sie das volle revolutionäre Programm aufnehmen können! Das hat *Pablo* gesagt — und er zog aus seinen „Analysen“

PUBLIKATIONEN DER INTERNATIONALEN SPARTACIST TENDENZ

Australasian Spartacist

monthly organ of the Spartacist League of Australia and New Zealand

\$3/11 issues in Australia and seamail elsewhere
\$10/11 issues—Airmail to Europe and North America
\$5/11 issues—Airmail to all other countries
GPO Box 3473, Sydney, NSW, 2001, Australia

Le Bolchévik

publication de la Ligue Trotskyste de France
2 F le numéro; 12 F les 6 numéros
BP 42109, 75424 Paris Cedex 09, France

Spartacist Britain

Marxist paper of the Spartacist League/Britain
£1 for 12 issues
Spartacist Publications
PO Box 185, London WC1H 8JE, England

Spartacist Canada

monthly organ of the Trotskyist League of Canada
\$2/11 issues (one year)
Box 6867, Station A, Toronto, Ontario, Canada

Kommunistische Korrespondenz

herausgegeben von der Trotzkistischen Liga Deutschlands

Jahresabonnement 8,50 DM
Auslandsluftpostabonnement 10, DM (1 Jahr)
Postfach 1 67 47, 6000 Frankfurt/Main 1, BRD
Postscheckkonto Ffm 119 88-601 (W. Hohmann)

Workers Vanguard

Marxist newspaper of the Spartacist League/U.S.
\$5/48 issues
\$20/48 issues—Airmail (international)
Box 1377 GPO, NY, NY 10001, USA

Brief an die LCE...

die Konsequenz: er kämpfte nicht mehr für den Aufbau von trotzkistischen Parteien; stattdessen wollte er auf die stalinistischen Parteien Druck ausüben, um sie zu reformieren. Wir glauben nicht, daß dies die Politik der Liga Comunista ist, aber es ist das logische Endergebnis Eures Konzeptes der „Strategie der Klasseneinheitsfront“.

(Wir machen Euch auf den Abschnitt über die Einheitsfront in unserem Brief an die OCI und die OCRFI [*Spartacist*, deutsche Ausgabe Nr. 1, Frühling 1974] aufmerksam, wo weitere Ausführungen über den Begriff der „Einheitsfrontstrategie“ zu finden sind.)

Dies ist mehr als nur eine terminologische Frage. Die Position der OCI, für Arbeiterparteien in einer Volksfront zu stimmen, leitet sich von der Konzeption der strategischen Einheitsfront her. Im Gegensatz dazu lehnt es die Spartacist Tendenz ab, irgendeine Partei in einer Volksfront bei Wahlen zu unterstützen; stattdessen erheben wir die Forderung nach einer bedingten Opposition gegenüber Arbeiterparteien einer Volksfront. Wir fordern sie auf, mit ihren bürgerlichen Bündnispartnern zu brechen: das wäre eine Voraussetzung für Wahlunterstützung. Die Logik unserer Position ist ganz klar: das grundsätzliche Prinzip marxistischer Politik ist die politische Unabhängigkeit des Proletariats vom Klassenfeind. Wenn eine Arbeiterpartei, auch eine derart verrottete reformistische Partei wie die britische Labour Party, zu den Wahlen im eigenen Namen antritt, um an die Regierung zu kommen, dann können wir als ein elementarer Versuch, die Klassenlinie zu ziehen, die Arbeiter aufzurufen, für diese Partei zu stimmen. Aber die Arbeiter aufzufordern, für eine Arbeiterpartei zu stimmen, wenn diese Bestandteil einer Volksfront ist, heißt sie aufzufordern, eine bürgerliche politische Formation an die Macht zu bringen!

Auch die LCE hat anläßlich der französischen Parlamentswahlen 1973 dazu aufgerufen, im zweiten Wahlgang für die Arbeiterparteien zu stimmen. Ihr habt argumentiert, daß der Wahlboykott eine passive Politik sei. Das ist korrekt, wenn es sich um einen Wahlboykott aus Prinzip handelt. Die Spartacist Tendenz vertritt jedoch eine solche Politik nicht und hat zur Wahl der Kandidaten der OCI und LO [Lutte Ouvrière] aufgerufen, die wenigstens in sehr verzerrter und unvollständiger Weise eine Klassenopposition gegenüber der Volksfront darstellten, da sie es ablehnten, für die Linken Radikalen zu stimmen. Wir haben auch die KP und SP aufgefordert, mit den Linken Radikalen zu brechen, und haben eine Wahlunterstützung ihrer Kandidaten von einem solchen Bruch mit dieser bürgerlichen Partei abhängig gemacht.

Uns würde Eure politische Linie zu den französischen Wahlen 1974 interessieren, als Mitterrand der alleinige Kandidat der Volksfront war. In einem solchen Fall könntet Ihr ja nicht das Argument vorschieben, einem Teil der Front die Stimme zu verweigern: Eure konkrete Wahlempfehlung an die Arbeiter wäre mit der der Führer der „Union de la Gauche“ identisch. Auch möchten wir wissen, welche Position Ihr zu den portugiesischen Wahlen am 25. April eingenommen habt. Die portugiesische Partido Revolucionário dos Trabalhadores (PRT), die sich im allgemeinen nach den politischen Ansichten der LCE zu richten scheint, lehnte es ab, irgendeine Partei zu unterstützen, die den Pakt mit der Bewegung der Streitkräfte [MFA] unterzeichnet

hatte. Wir stimmen zwar nicht mit der Politik der PRT überein, die [portugiesische] LCI [Liga Comunista Internacional] bei den Wahlen zu unterstützen (eine Unterstützung, die keineswegs kritisch war, wenigstens nicht nach außen), da unserer Meinung nach die Linie der LCI gegenüber der MFA eher auf eine „kritische Unterstützung“ ihres „fortschrittlichen Flügels“ als auf eine unversöhnliche Klassenopposition hinauslief. Aber die Weigerung der PRT, die KP zu wählen, weil diese durch ihre Teilnahme am bürgerlich bonapartistischen, von der MFA beherrschten Regime in aller Form auf die Klassenkollaboration eingeschworen war, ist korrekt. Haltet Ihr diese Position für falsch?

Die Arbeiterkommissionen

Auch Eure Aussagen hinsichtlich der Arbeiterkommissionen scheinen die falsche Konzeption einer „Einheitsfrontstrategie“ widerzuspiegeln. Ihr schreibt: „Es sind — wie wir Trotzisten glauben — die Arbeiterkommissionen, wo die grundlegende organische Basis für die Einheitsfront des militanten Teils des Proletariats zu finden sein wird“ („The Crisis of the LCR and the En Marcha Split“). In der „strategischen Resolution“ des zweiten Kongresses der LCE fügt Ihr folgendes hinzu: „Die Kraft der verallgemeinerten Massenaktion und die Zentralisierung des Kampfwillens sehr breiter Schichten verlangen immer mehr, daß die Arbeiterkommissionen die Hindernisse überwinden, sich gemäß ihrer Berufung als *demokratische Formen der Einheitsfront der breiten Avantgarde des Proletariats* zu entwickeln.“

Was meint Ihr mit der Formulierung „grundlegende organische Basis der Einheitsfront“ und mit der „Berufung als demokratische Formen der Einheitsfront der breiten Avantgarde“? Wollt Ihr damit zum Ausdruck bringen, daß die Arbeiterkommissionen viele der kämpferischsten Arbeiter vereinigt haben; daß es notwendig ist, dort den Kampf zu führen, um den Stalinisten und anderen Reformisten, die sie gegenwärtig auf den Weg der Klassenkollaboration führen, eine Niederlage zu bereiten; daß es dumm und gefährliches Sektierertum wäre, würde man die comisiones obreras als Konkurrenzorganisationen behandeln und damit stillschweigend ihre Basis mit der Führung identifizieren — dann sind wir einer Meinung. Aber Ihr wollt anscheinend mehr damit ausdrücken.

Von der „Berufung“ einer bestimmten Institution im Klassenkampf zu sprechen, ist metaphysisch. Was ist die „Berufung“ der Gewerkschaften: die Interessen der Arbeiter gegen die Kapitalisten zu verteidigen (was in unserer Epoche unmöglich ist, es sei denn unter revolutionärer Führung) oder den Interessen der Kapitalisten zu dienen (wie es beinahe überall der Fall ist)? Ihr könnt sagen, daß die gegenwärtige klassenkollaborationistische Politik der Gewerkschaften eine Deformation ihres fundamentalen Zweckes ist. Aber dann hätte Lenin Unrecht gehabt, als er darauf bestand, daß eine unabhängige Avantgardepartei notwendig ist, um das sozialistische Bewußtsein in die Arbeiterklasse hineinzutragen, und daß tradeunionistisches Bewußtsein bürgerliches Bewußtsein ist.

Und wie sah es mit den Sowjets in Rußland von Februar bis September 1917 aus — bestand ihre „Berufung“ darin,

SEAMEN CALL FOR:
BLACK & LABOR DEFENSE GUARDS
TO REPEL RACIST ATTACKS

DEFEND
THE
CHILDREN

NO!
RACISM

NO! to
RACISM

Workers Vanguard

Seeleute einer von der SL/US politisch unterstützten klassenkämpferischen Gewerkschaftstendenz fordern den Schutz schwarzer Schüler durch gemeinsame Verteidigungstrupps der Schwarzen und der Arbeiterbewegung (Boston 1974).

als organisatorische Struktur für die Schaffung eines Arbeiterstaates zu dienen? Dann muß Lenin wohl Unrecht gehabt haben, als er die Losung, „Alle Macht den Sowjets“ während der wütenden konterrevolutionären Repression fallenließ, die Kerenski nach den Juli-Tagen entfesselt hatte. Hätten sich die Bolschewiki stattdessen etwa darauf beschränken sollen, um die Mehrheit in den Sowjets zu kämpfen und sich bis dahin bedingungslos der Disziplin der Sowjetmehrheit unterzuordnen? Das taten sie nicht und sie hatten Recht.

Über die Funktion einer bestimmten Institution im Klassenkampf entscheidet die Konstellation der politischen Klassenkräfte, die die Politik dieser Institution bestimmt. Die Arbeiterräte in Deutschland von 1918 z. B. waren von den Mehrheitssozialdemokraten beherrscht und ratifizierten die Errichtung einer bürgerlich parlamentarischen Republik. Man kann von der tatsächlichen Rolle sprechen, die diese oder jene Institution spielt, aber auch von der Möglichkeit, innerhalb eines bestimmten organisatorischen Rahmens andere Funktionen zu erfüllen.

Unserer Meinung nach haben die Arbeiterkommissionen in Spanien eigentlich die Rolle illegaler Gewerkschaften gespielt. Sie haben zwar Massenmobilisierungen gelegentlich angeführt, die weit über eine bestimmte Berufssparte hinausgingen. Das gilt aber auch für den Bergarbeiterverband in Bolivien, der viele Jahre hindurch bewaffnete Arbeitermilizen aufrechterhielt. Darüberhinaus unterscheidet auch Ihr zwischen den Arbeiterkommissionen und den „gewählten und auf Versammlungen abberufbaren Komitees“. Dies ist kein reiner Formalismus, denn

gegenwärtig sind ja, wenn wir richtig informiert sind, die meisten Arbeiterkommissionen nicht gewählt, werden von reformistischen Irreführern beherrscht, und viele haben sogar aktive Mitglieder ausgeschlossen, die für eine offensive, klassenkämpferische Politik eintraten.

Was können die Arbeiterkommissionen leisten? Andrés Nin hatte Unrecht zu glauben, daß der von den Anarchisten geführte Gewerkschaftsverband CNT die Sowjets ersetzen könnte, er ignorierte die Tatsache, daß sogar diese kämpferischen Gewerkschaften von einer Bürokratie beherrscht wurden und so aufgebaut waren, daß der direkte Wille der Massen entweder nur verzögerten Ausdruck fand oder gar unterdrückt wurde. Im Gegensatz dazu sind die Arbeiterkommissionen viel mehr im Fluß, unvollständig koordiniert, und es fehlt das Bleigewicht einer massiven Bürokratie, wie sie sich in Gewerkschaften unter den Bedingungen bürgerlicher Legalität entwickelt. So könnten die Arbeiterkommissionen in der Glut eines Aufschwungs der Massenkämpfe in demokratische Arbeiterräte *verwandelt* werden. Ähnlich hätten sich 1926 im Laufe des Generalstreiks in Britannien aus den shop stewards councils [Betriebsräten] Fabrikkomitees entwickeln können.

In den USA haben wir syndikalistische Tendenzen bekämpft, die in den Gewerkschaften wegen der verräterischen Politik ihrer Irreführer Feinde der Arbeiter sehen. In Britannien haben wir 1973 während des Bergarbeiterstreiks einen von den shop stewards councils organisierten Generalstreik gefordert und haben den Utopismus der International Marxist Group kritisiert, welche „Aktionsräte“ aus dem Nichts schaffen wollte. Eine Partei kann nicht

Brief an die LCE...

während einer Aktion jedesmal dann leichtfertig die Disziplin der Gewerkschaften brechen, wenn sie mit der angenommenen Politik nicht einverstanden ist; bis zu dem Zeitpunkt, wo es zu einem massiven Aufschwung der Arbeiterkämpfe kommt, muß die Partei notwendigerweise ihre Anstrengungen darauf konzentrieren, die Führung in diesen Organisationen zu erobern. Aber wir unterwerfen uns nicht *bedingungslos* der Disziplin irgendeiner Organisation außerhalb der Partei auf der Grundlage, daß ihre „Berufung“ darin bestehe, als organische Basis der Einheitsfront zu dienen. Unter bestimmten Umständen müssen wir bereit sein, die Einheitsfront zu *brechen*, um den Kampf vorwärtszutreiben, wenn die Reformisten anfangen zu verraten.

Der „Revolutionäre Generalstreik“

Die Liga Comunista spricht oft vom „Revolutionären Generalstreik zum Sturz der Franco-Diktatur“. Anscheinend soll dieser sich von der Forderung der KP nach einem „nationalen Streik“ — einer Art von Akt nationaler Versöhnung — abheben; ähnlich soll der von der LCE vorgeschlagene „Klassenpakt“ sich offenbar von dem „Pakt für die Freiheit“ der KP abheben. Wir sind selbstverständlich durchaus für die wirksamsten Losungen, die der reformistischen Politik der Klassenkollaboration das Programm der Klassenunabhängigkeit entgegensetzen. Aber man muß in solchen Dingen vorsichtig zu Werke gehen, um nicht in krasse Vereinfachung zu verfallen.

Einerseits scheint die Losung eines revolutionären Generalstreiks unzulässigerweise die Form, die eine revolutionäre Erhebung gegen das Franco-Regime annehmen könnte, schon zu stark festzulegen. Die Erhebung in Asturien 1934 nahm beispielsweise sofort die Form eines Aufstandes an. In dieser Hinsicht hat die Losung etwas vom Charakter eines „sozialen Mythos“ à la Sorel. Ein ähnliches

Beispiel war die syndikalistische Losung eines Generalstreiks gegen den Krieg während des Ersten Weltkrieges. Natürlich kann ein Generalstreik sehr wohl das Mittel sein, durch das eine bonapartistische Diktatur gestürzt wird.

Grundsätzlicher noch: uns ist unklar, in welchem Sinn Ihr die Losung der Arbeiterregierung anwendet und wie ihr Verhältnis zum Generalstreik sein soll. Einerseits verweist Eure „strategische Resolution“ auf „die Formel einer Regierung der Arbeiter, die sich auf die Organe des Generalstreiks stützt“. Diese Losung ist unserer Meinung nach im Falle eines Generalstreiks korrekt; es ist klar, daß die Revolutionäre die Aufgabe haben, nicht bloß ein zentrales Streikkomitee zu bilden, sondern ihm auch Sowjetcharakter zu geben, es in ein Organ der Doppelherkunft umzuwandeln und für die Herrschaft einer Regierung zu kämpfen, die sich auf die demokratische Willensäußerung dieses einheitlichen Vertretungsorgans der unabhängigen Arbeiterbewegung stützt. Eine solche Formulierung steht im scharfen Gegensatz zu der kürzlich von der portugiesischen Liga Comunista Internacional (LCI) aufgestellten Forderung nach „der Erzwingung einer Arbeiterregierung im Rahmen des kapitalistischen Staates“.

Andererseits schreibt Ihr über die LCR: „Es wird immer schwerer, aus ihren Schriften zu ersehen, ob sie wirklich einen Unterschied machen zwischen dem Sturz der Diktatur und dem Sturz des Kapitalismus. Die Weigerung, eine echte Konstituierende Versammlung erkämpfen zu wollen, sowie der ideologische Gebrauch der Arbeiterkontrolle fördern die Illusion bei den Militanten, die Ausdehnung demokratischer Komitees und mehr noch das Entstehen von Sowjets bedeuteten, daß revolutionäre Positionen bereits den Einfluß reformistischer Alternativen entscheidend zurückgedrängt hätten. Die Übergangslösung der Arbeiterregierung wird dann immer mehr mit der Diktatur des Proletariats verwechselt“ („The Crisis in the LCR ...“).

Wir sind nicht im Besitz einer umfangreichen Sammlung der Schriften der LCR, auf die Ihr Euch bezieht. In jedem Fall wären wir dagegen, die Losung einer Konstituierenden Versammlung im spanischen Kontext fallenzulassen (und wir haben wiederholt eine demokratisch gewählte Konstituante in Portugal in dem Jahr nach Caetano's Sturz gefordert). Aber wir begreifen die Forderung nach einer Konstituante nicht als irgendeine Art Zwischenstadium der Revolution: in einer vorrevolutionären Situation könnten wir gleichzeitig für die Bildung einer einheitlichen Organisation vom Sowjettyp eintreten, die die Gesamtheit der organisierten Arbeiter vertritt. Was die Forderung der Arbeiterregierung betrifft, so erheben wir diese Forderung als Synonym für die Diktatur des Proletariats.

Es ist möglich, daß in einer Situation der Doppelherrschaft eine Arbeiterregierung entsteht und daß dies Übergangscharakter in dem Sinne hätte, daß sich eine einheitliche proletarische Staatsmacht noch nicht gegen die Herrschaft des Kapitals durchgesetzt hat. Aber wir warnen dringend vor jedem Versuch, aus der Losung der Arbeiterregierung eine Aufforderung an die Arbeiterparteien zu machen, den kapitalistischen Staat zu regieren (wie das sowohl Mehrheit als auch Minderheit im VS tun) unter dem Vorwand, dies sei eine taktische Anwendung der algebrischen Losung. Besonders in der Situation eines Generalstreiks muß die Aufgabe der Arbeiterregierung darin bestehen, den kapitalistischen Staatsapparat zu unterdrück-

Kontaktadressen der internationalen Spartacist Tendenz

LIGUE TROTSKYSTE DE FRANCE

Le Bolchevik, BP 42109

75424 Paris Cedex 09, France

SPARTACIST LEAGUE/BITAIN

PO Box 185, London, WC1H 8JE, England

SPARTACIST LEAGUE OF

AUSTRALIA/NEW ZEALAND

GPO Box 3473

Sydney, NSW, 2001, Australia

SPARTACIST LEAGUE/U.S.

Box 1377, GPO, New York, NY 10001, USA

SPARTACIST STOCKHOLM

Spartacist Publishing co.

c/o E. Davidson

Fack, 102 60 Stockholm, Schweden

TROTSKYIST LEAGUE OF CANADA

Box 7198, Station A, Toronto, Ontario, Canada

TROTSKISTISCHE LIGA DEUTSCHLANDS

Postfach 1 67 47

6000 Frankfurt/Main 1, BRD

ken. Jeder Versuch, ihn zu übernehmen (wie im November 1918 in Deutschland, als eine Regierung aus SPD und USPD mit „Unterstützung“ der von den Reformisten beherrschten Arbeiterräte die Führung des bürgerlichen Staates übernahm), muß zu einer blutigen Unterdrückung der auf den Straßen kämpfenden Arbeiter führen. Obwohl der Sturz der Diktatur und der Sturz des Kapitalismus in der konkreten Situation zeitlich auseinanderfallen können, müssen die Kommunisten immer die Forderung nach dem Sturz des Kapitalismus aufstellen und nicht irgendeine Art von Etappenmodell (zuerst der Sturz der Franco-Diktatur durch den Generalstreik, dann der Kampf gegen die kapitalistische Herrschaft).

„Demokratische Kontrolle der Armee“

In diesem Zusammenhang scheint uns die Losung der „demokratischen Kontrolle der Armee“, die in mehreren Publikationen der LCE aufgetaucht ist, gefährlich und irreführend zu sein. In einigen Fällen habt Ihr sie auch als „demokratische Kontrolle durch Soldatenkomitees“ umschrieben, aber in beiden Fällen scheint sie darauf hinauszulaufen, die Situation des Staatsapparates mit der industriellen Produktion in den Fabriken gleichzusetzen. Wir fordern nicht Arbeiterkontrolle des bürgerlichen Staatsapparates (noch viel weniger „demokratische Kontrolle“), vielmehr ist es unsere Aufgabe, ihn zu zerschlagen. Ebenso besteht die Aufgabe der Soldatenkomitees darin, die bürgerliche Armee zu zerschlagen und nicht darin, sie zu kontrollieren.

Während des spanischen Bürgerkriegs unterwarf Trotzki in einer Polemik gegen die „Dreizehn Punkte für den Sieg“ der POUM diese gefährliche Position einer beißenden Kritik:

„Punkt vier verkündet: ‚Für die Schaffung einer von der Arbeiterklasse kontrollierten Armee‘... Die Armee ist eine Waffe der herrschenden Klasse und kann nichts anderes sein. Die Armee wird von dem kontrolliert, der sie kommandiert, d. h. von dem, der die Staatsmacht besitzt. Das Proletariat kann nicht eine Armee ‚kontrollieren‘, die von der Bourgeoisie und ihren reformistischen Lakaien geschaffen wurde. Die revolutionäre Partei kann und muß ihre Zellen in einer solchen Armee aufbauen und dadurch die fortgeschrittenen Teile der Armee darauf vorbereiten, auf die Seite der Arbeiter überzugehen.“

— „Is Victory Possible?“, April 1937

Vorwärts zur Wiedergeburt der Vierten Internationale!

Wir haben versucht, unsere Ansichten über Themenkomplexe zusammenzufassen, wo es größere Differenzen zwischen der internationalen Spartacist Tendenz und der Liga Comunista Spaniens zu geben scheint. Leider können wir nicht alle Themen gleichzeitig behandeln. Um Euch einen vollständigeren Eindruck unserer Positionen zu grundsätzlichen Fragen zu vermitteln, mit denen die Arbeiterbewegung konfrontiert ist, verweisen wir auf die Dokumente in *Cuadernos Marxistas* Nr. 1. Und wir hoffen auf eine Antwort von der LCE.

Im Kampf für die Wiedergeburt der Vierten Internationale lehnt die internationale Spartacist Tendenz nicht nur den falschen Anspruch der verschiedenen Schwindler ab, die heute vorgeben, die Vierte Internationale zu sein. Auch unsere Konzeption für den Aufbau der

Weltpartei der sozialistischen Revolution ist eine grundsätzlich andere — in scharfem Gegensatz zu Healys „Internationalem Komitee“, dessen Pseudodialektik nur dazu dient, den ständigen Wechsel der politischen Linie zu kaschieren, und dessen einziges Prinzip die bedingungslose Unterwerfung unter das Führerprinzip ist; ebenfalls zum „Organisationskomitee“ der OCI, dessen programmatische Basis sich darauf beschränkt, abstrakt das Übergangsprogramm zu akzeptieren und darin übereinzustimmen, daß das OK „Die Kontinuität“ verkörpere; ganz besonders aber zum „Vereinigten“ Sekretariat, dessen einziges Mitgliedschaftskriterium zu sein scheint, daß man den Mythos bekräftigt, es sei die Vierte Internationale.

Weil wir dafür kämpfen, eine politisch homogene und authentisch trotzkistische internationale demokratisch-zentralistische Tendenz herauszubilden, beschuldigt Mandel (so z. B. September letzten Jahres in Australien) die Spartacist Tendenz, eine „monolithische“ Internationale aufbauen zu wollen, und Alain Krivine klagt uns an, den demokratischen Zentralismus mit „Helmen und Gummiknüppeln“ gleichzusetzen (in einer Rede in Toronto im Juli 1974). Wir möchten jedoch darauf hinweisen, daß es gerade die Mandels, Hansens und Krivines sind, die wiederholt prinzipienfeste linke Oppositionelle aus ihren Organisationen ausgeschlossen haben, während sie gleichzeitig den Verrat ihrer eigenen Fraktionspartner decken (z. B. im Falle von Bala Tampoe). Unsere Tendenz ist nicht „monolithisch“ — sie basiert jedoch auf einer prinzipienfesten Grundlage programmatischer Übereinstimmung.

Der Sumpf des „Vereinigten Sekretariats“ kann nicht reformiert werden. Von Anfang an stützte sich sein Programm auf den pabloistischen Revisionismus, darauf eingeschworen, hinter einer endlosen Folge von kleinbürgerlichen Irreführern herzugehen. Da sich dieser verfaulte Block jetzt noch rascher in einzelne Flügel zersetzt, die entweder vor der guevaristischen Jugend kapitulieren oder die respektable sozialdemokratische Partei des eigenen Landes werden wollen, besteht die Aufgabe prinzipienfester Trotzkiisten *nicht* darin, die Einheit all derjenigen zu suchen, die in Opposition zu den herrschenden Tendenzen im VS stehen. Anschaulich demonstrierte den Bankrott einer solchen Konzeption die unglückselige „Dritte Tendenz“, die sich erst einige Tage vor dem „Zehnten Weltkongreß“ auf ein gemeinsames Dokument einigen konnte und dann danach sofort auseinanderfiel. Allein durch den Kampf zum Aufbau einer authentisch trotzkistischen internationalen Tendenz, gestützt auf eine reale politische Übereinstimmung, kann die Vierte Internationale neu geschmiedet werden. ■

FUSSNOTEN

¹ Utopisch-reformistische Vorstellung kommunaler Selbstverwaltung der schwarzen und spanischsprechenden „communities“ (ein Euphemismus für Ghettos).

² „Busing“, d. h. der Transport (mittels Schulbusse) von schwarzen Schulkindern aus den Ghettos zu überwiegend weißen (und d. h. weitaus besseren) Schulen, ist ein kleiner Schritt in Richtung gleicher Ausbildungschancen für Schwarze. So minimal und ungenügend dieser Schritt auch sein mag, unterstützen Kommunisten ihn in dem Kampf um demokratische Rechte für Schwarze.

Leninismus und Arbeiterkontrolle

von Joseph Seymour

—übersetzt aus *Workers Vanguard* Nr. 162, 17. Juni 1977

Der folgende Artikel basiert auf einem Referat, das der Genosse Seymour im März 1977 auf einer Kadenschulung der *Spartacus Youth League* (Jugendorganisation der *Spartacist League* | U.S.) in San Francisco gehalten hat.

Es gibt wahrscheinlich keine Frage zeitgenössischer linker Politik, über die größere Konfusion — sowohl inhaltliche wie auch terminologische — herrscht, als die Frage der „Arbeiterkontrolle“. Unter den verschiedenen Arten der Verwirrung ist die gefährlichste die *Etappen*-Vorstellung der Arbeiterkontrolle, nämlich als Brücke zwischen der tagtäglichen Gewerkschaftsmilitanz und der revolutionären Doppelherrschaft, als *notwendiger erster* Schritt zur Ergreifung der Staatsmacht. Die Arbeiterkontrolle ist nicht eine Forderung, für die kommunistische Gewerkschaftler permanent agitieren und die sie immer und bei jeder Gelegenheit durchzusetzen versuchen. Sie entspricht einem qualitativ anderen, höheren Niveau des Klassenkampfes.

Die Arbeiterkontrolle — die Doppelherrschaft auf Betriebsebene — ist ein Aspekt (gewöhnlich ein sekundärer) einer verallgemeinerten revolutionären Krise. Mit nur einer Ausnahme — Italien 1969 — ist die Arbeiterkontrolle erst *nach*, nicht vor einem Regierungsturz und der Auflösung des repressiven Staatsapparates zustande gekommen: Rußland 1917, Deutschland 1918, Spanien 1936, Portugal 1974/75. Und in Italiens „heißem Herbst“ 1969 war die Arbeiterkontrolle ein untergeordneter Aspekt einer Welle von Massenstreiks, in deren Mittelpunkt ökonomische Forderungen standen.

Man kann vier charakteristische Arten von Konfusion unterscheiden. Die schwerwiegendste ist der Versuch, terminologische Zweideutigkeiten in den Dienst einer reformistischen programmatischen Konzeption zu stellen. Das hieße, die Arbeiterkontrolle auf ein trade-unionistisches Niveau herabzuzerren. Normalerweise üben ja die Gewerkschaften eine gewisse Kontrolle im konventionellen Sinne über Produktionsbedingungen, Arbeitsnormen und dergleichen aus. Trotzki, der in seinen programmatischen Formulierungen sehr präzise war, spricht immer von „Arbeiterkontrolle der Produktion“ oder „der Industrie“, um dieses Konzept von der Art der Kontrolle zu unterscheiden, die Gewerkschaften normalerweise ausüben.

In einem kürzlich erschienenen Artikel, „Atomenergie und Arbeiterbewegung“ (siehe *Kommunistische Korrespondenz* Nr. 18, Mai 1977), forderten wir die „gewerkschaftliche Kontrolle über die Sicherheitsbedingungen in allen industriellen Bereichen“. Dies ist *nicht* ein Aufruf zur allgemeiner Doppelherrschaft auf Industriebene. Es ist vielmehr eine offensive gewerkschaftliche Forderung. Viele Gewerkschaften in vielen Ländern haben die Firmenleitun-

gen zur Festlegung umfangreicher Sicherheitsbestimmungen gezwungen. Das ist nicht „Arbeiterkontrolle der Produktion“. Natürlich liegt es im Interesse von Reformisten und Zentristen, den Unterschied zwischen dieser Art von gewerkschaftlicher Kontrolle der Arbeitsbedingungen und der verallgemeinerten Doppelherrschaft auf Betriebsebene, die eine revolutionäre Situation signalisiert, zu verwischen.

Eine zweite Quelle der Verwirrung ist viel eher terminologischer Art. „Kontrolle“ ist ein Wort, das in vielen europäischen Sprachen in ähnlicher, aber nicht identischer Bedeutung existiert. In anderen europäischen Sprachen als der englischen bedeutet „kontrollieren“ die Aktionen anderer überprüfen oder beaufsichtigen. Der Beamte zum Beispiel, der die Fahrkarten in französischen Zügen überprüft, heißt „controleur de billets“. Auf Englisch bedeutet der Begriff „control“ jedoch verwalten oder leiten. Während in anderen Sprachen „Arbeiterkontrolle“ sich von „Arbeiterselbstverwaltung“ abhebt und schwächer als letztere ist, werden die beiden im Englischen gewöhnlich durch den einen Terminus „workers control“ wiedergegeben. So bringen englischsprechende Trotzkiisten diese beiden qualitativ unterschiedlichen Begriffe manchmal durcheinander. So benutzt Felix Morrow in seinem Buch *Revolution und Konterrevolution in Spanien* die „Arbeiterkontrolle“ [workers control], um etwas zu beschreiben, was eigentlich Arbeiterselbstverwaltung von nominell nationalisierten Unternehmen war.

Im Mittelpunkt einer dritten Art von Konfusion steht die *Arbeiterselbstverwaltung**, die weder mit der Diktatur des Proletariats identisch ist noch notwendigerweise unter ihr vorkommt. Unser Programm ist nicht die Arbeiterselbstverwaltung, sondern die Führung oder Verwaltung einer zentral geleiteten Planwirtschaft durch eine Arbeiterregierung.

Eine allgemein verbreitete Arbeiterselbstverwaltung kann als eine andere, besondere Form der Doppelherrschaft vorkommen. Die Arbeiterkontrolle ist die Doppelherrschaft *innerhalb* der Produktionseinheit — das Management versucht immer noch, seine traditionelle Autorität wieder geltend zu machen. 1969 gab es in Italien regelrechte Schlachten zwischen Fiat-Arbeitern auf der einen und Vorarbeitern und Schlägern bezahlt durch die Firma auf der anderen Seite — das verstehen wir unter Arbeiterkontrolle oder Doppelherrschaft. Im Gegensatz dazu entsteht die Arbeiterselbstverwaltung dann, wenn das bürgerliche Management die Produktionseinheiten den Belegschaften einfach überläßt, und zwar zu einem Zeitpunkt, wo diese nicht der ökonomischen Verwaltung durch den Staat unterliegen. Es ist offensichtlich, daß eine solche außerordentliche Situation nur entstehen kann, wenn eine proletari-

* Im Englischen spricht man von „workers management“ („Arbeiterverwaltung“) und zur *Präzisierung* von „workers self-management“ (Arbeiterselbstverwaltung).

sche Staatsmacht ihre Herrschaft noch nicht konsolidiert hat (das bolschewistische Rußland Ende 1917 bis Anfang 1918) oder während eines Bürgerkrieges unter einer schwachen bürgerlichen „Volksfront“-Regierung (Spanien 1936/37). Die Arbeiterselbstverwaltung ist also eine Situation der Doppelherrschaft zwischen den Produktionseinheiten und der Regierung, die entweder proletarisch oder bürgerlich sein mag. Das Regierungsmonopol über die Finanzmechanismen ist ausnahmslos die Achillesferse der Arbeiterselbstverwaltung.

Bei dem vierten Punkt der Konfusion geht es um die „Arbeiterkontrolle“ als eine Institution unter einem demokratisch regierten Arbeiterstaat mit einer zentralisierten Planwirtschaft. Die terminologische Identität dieses Begriffs mit der in einer revolutionären Situation der Doppelherrschaft vorkommenden „Arbeiterkontrolle“ ist im Übergangsprogramm fixiert und spiegelt die politische Sprache der russischen Erfahrung wider. Daß der gleiche Begriff sich auf zwei fundamental unterschiedliche programmatische Konzeptionen bezieht, ist schon an sich verwirrend und sollte eigentlich vermieden werden. Es wäre jedoch leere Scholastik, wollten wir neue Begriffe erfinden und gebrauchen.

Trotzdem müssen die Genossen den Unterschied verstehen. Die Arbeiterkontrolle unter einer sozialistischen Wirtschaftsplanung ist eine autoritative *beratende* Stimme im Bereich der Produktion. Sie ist der Leitungshierarchie der Arbeiterregierung in keiner Weise entgegengesetzt oder gar antagonistisch. Die Vorstellung, daß die „Arbeiterkontrolle“ denselben Charakter während einer revolutionären Offensive gegen den Kapitalismus wie in einem Arbeiterstaat habe, ist eine ökonomistische oder syndikalistische Abweichung.

Die Arbeiterkontrolle ist nicht eine Forderung, die an den Unternehmer oder an den Staat gestellt wird; sie ist ein *Zustand des Kampfes*. Die Arbeiterkontrolle kann nicht in Manteltarifverträge einbezogen oder sonstwie institutionalisiert werden. Arbeiterkontrolle stellt schon von Natur aus einen Kampf mit ungewissem Ausgang zwischen Belegschaften und Fabriksleitung dar. Das Dokument des Genossen Douglas erfaßt den Unterschied zwischen offensivem Tradeunionismus und Arbeiterkontrolle sehr gut. Die Fließbandgeschwindigkeit in den Tarifvertrag mit aufzunehmen, ist eine weitgehende gewerkschaftliche Forderung; Arbeiterkontrolle dagegen heißt, die Fließbandgeschwindigkeit gegen den Willen der Unternehmer zu bestimmen. Gewerkschaftliche Kontrolle über Einstellun-



Fabrikversammlung unter Führung bolschewistischer Arbeiter.

Novosti

gen [union hiring halls] ist eine weitgehende gewerkschaftliche Forderung; die Arbeiterkontrolle zwingt das Management, mehr Leute einzustellen, als es beschäftigen will. Dies sind echte, ins Gewicht fallende Unterschiede.

Weil die Arbeiterkontrolle nicht institutionalisiert werden kann, ist es falsch, sie in einem bestimmten Unternehmen oder Industrie als programmatische Norm zu fordern. In einer revolutionären Situation stehen natürlich gewisse Unternehmen und Industrien an vorderster Front der Kämpfe um Arbeiterkontrolle — 1917 die Putilow-Werke in St. Petersburg, 1969 Fiat in Turin, 1974/75 die Lisnave-Werften in Lissabon. In einer revolutionären Periode in einem bestimmten Betrieb zum Handeln aufzurufen, ist etwas anderes als eine programmatische Norm.

Pabloistischer Revisionismus

Die führenden Befürworter reformistischer und Etappenvorstellungen über die Arbeiterkontrolle sind die europäischen Pabloisten. In England sind die bekanntesten linken

Arbeiterkontrolle...

Verfechter der Arbeiterkontrolle zwei freischwebende unabhängige Pabloisten, Ken Coates und Tony Topham vom „Institute for Workers' Control“ [Institut für Arbeiterkontrolle]. Der bloße Name deutet schon auf eine reformistische Konzeption hin. Man stelle sich etwa ein Institut für die revolutionäre Doppelherrschaft in der Industrie vor! Die rein sozialdemokratische Natur des Coates-Topham-Projekts kommt offen zum Ausdruck:

„Zweck des Instituts für Arbeiterkontrolle wird es sein, ... bei der Gründung von Arbeiterkontrollgruppen zu helfen, die sich zum Ziel gesetzt haben, demokratisches Bewußtsein zu entwickeln, Unterstützung für Arbeiterkontrolle in allen existierenden Organisationen der Arbeiterbewegung zu gewinnen, gegen undemokratische Aktionen, wo immer sie auch geschehen mögen, vorzugehen und die demokratische Kontrolle über die Industrie und die Wirtschaft insgesamt auszudehnen...“

Bulletin of the Institute for Workers' Control, Bd. 1, Nr. 1 (undatiert)

Ein weit raffinierterer Exponent einer reformistischen Etappenposition zur Arbeiterkontrolle als der „industrielle Demokrat“ Coates ist Ernest Mandel. Er bezeichnet die Arbeiterkontrolle als eine „antikapitalistische Strukturreform“ und stellt sie so als einen institutionalisierten Aspekt gewerkschaftlicher Tarifverhandlungen dar:

„Die Arbeiterkontrolle ist die Befräftigung seitens der Arbeiter für ihre Weigerung, das Management frei über die Produktionsmittel und Arbeitskraft verfügen zu lassen... Sie ist eine Weigerung, mit dem Management oder der Regierung insgesamt über die Verteilung des Nationaleinkommens in Diskussion zu treten, solange die Arbeiter nicht die Möglichkeit erworben haben, die Methode zu entlarven, mit der die Kapitalisten die Bücher frisieren, wenn sie von Preisen und Profiten reden.“

„Lessons of May“, *New Left Review*, November/Dezember 1968

Mandel bagatellisiert die Arbeiterkontrolle einfach zu einem Anhängsel sozialer Kämpfe aller Art, wie sie sich in der kapitalistischen Gesellschaft normalerweise ereignen:

„Der Kampf um die Arbeiterkontrolle – mit dem die Strategie der antikapitalistischen Strukturformen, der Kampf für ein Übergangsprogramm, größtenteils identifiziert wird – muß ... in enger Verbindung mit dem stehen, was die Massen

hauptsächlich beschäftigt, muß *fortwährend* aus der *alltäglichen* Realität entstehen, so wie sie von den Arbeitern, ihren Frauen, den Studenten und revolutionären Intellektuellen erfahren wird.“ [Hervorhebung von uns]

— ebenda

Der antirevolutionäre Charakter von Mandels Position wird da klar, wo er versucht, die Arbeiterkontrolle in den Rahmen des französischen Generalstreiks vom Mai 1968 hineinzuzwängen. Ich habe die folgende Passage ein paar Mal gelesen, weil ich sie nicht verstanden habe. Das liegt daran, daß sie in sich konfus und verwirrend ist. Er pflöpft einer revolutionären Situation der Doppelherrschaft ein reformistisches Etappenkonzept der Arbeiterkontrolle auf:

„Der Generalstreik vom Mai 1968 ... liefert ein hervorragendes Beispiel für die zentrale Bedeutung dieses Problems. Zehn Millionen Arbeiter standen im Streik. Sie besetzten ihre Fabriken. Wenn sie auch von dem Wunsch getrieben wurden, mit vielen der sozialen Ungerechtigkeiten, die das gaullistische Regime in den zehn Jahren seiner Existenz angehäuft hatte, Schluß zu machen, so zielten sie doch offensichtlich auf mehr als einfache Lohnforderungen ab.“

Es ist bezeichnend, daß Mandel den Streikenden keinen revolutionären antikapitalistischen Impuls zuspricht; sie wollten bloß „viele“ [sic] der mit dem gaullistischen Regime verbundenen sozialen Ungerechtigkeiten beseitigen. Und weiter:

„Aber wenn die Arbeiter sich mit Tagesforderungen nicht zufrieden gaben, so hatten sie auch keine genaue Vorstellung von dem, was sie wollten. Wenn sie in den vorangegangenen Jahren und Monaten im Geist [sic] der Arbeiterkontrolle erzogen worden waren, so hatten sie gewußt, was zu tun ist: in jeder Fabrik ein Komitee zu wählen, das als erstes sich Einsicht in die Geschäftsbücher verschaffen würde; für sich selber die wirklichen Fabrikaktionskosten und Profiten der verschiedenen Unternehmen zu kalkulieren; das Vetorecht bei Einstellung und Kündigung sowie allen Änderungen in der Arbeitsorganisation durchzusetzen.“

„The Debate on Workers' Control“, *International Socialist Review*, Mai/Juni 1969

Damit es aber „Arbeiterkontrolle der Produktion“ geben kann, *muß es Produktion geben*. Ein funktionierendes Komitee der Arbeiterkontrolle während eines Generalstreiks wäre Streikbruch! Die Arbeiterkontrolle und ein Generalstreik sind zwei sich gegenseitig ausschließende ökonomisch-militärische Taktiken, die gewöhnlich in sehr unterschiedlichen Situationen entstehen. Wie wir sehen werden, ist die Arbeiterkontrolle gewöhnlich ein Versuch, bei Sabotage durch die Unternehmer, Kriegseinwirkungen oder einer schweren Wirtschaftskrise die Produktion *aufrechtzuerhalten*.

Während der französischen Maiereignisse wäre die Forderung nach Arbeiterkontrolle nicht bloß falsch und konfusionistisch, sondern gefährlich und liquidatorisch gewesen. Unter diesen Bedingungen hätte die französische herrschende Klasse der Arbeiterkontrolle beträchtliche Zugeständnisse gemacht — Offenlegung der Bücher, gewerkschaftliches Vetorecht bei Entlassungen, das Recht, Meister zu verprügeln, und allerlei andere schöne Dinge — wenn die Arbeiter nur den Generalstreik beendet und damit die politische Krise entschärft hätten.

Mandel selbst verdeutlichte in einem damals veröffentlichten Artikel die liquidatorischen Konsequenzen seiner Forderung nach Arbeiterkontrolle während der französischen Ereignisse im Mai/Juni 1968:

„Hier kommt die Strategie ‚antikapitalistischer Strukturformen‘, Übergangsforderungen, voll zur Geltung. Die

SUBSCRIBE

Name _____

Address _____

City/State/Zip _____

Gsp 6

[International Rate \$3/4 issues]

\$2

4 issues

Make checks payable/mail to:
SPARTACIST PUBLISHING CO.
Box 1377, GPO
New York, N.Y. 10001

Women and Revolution



Eine der vielen von der CNT betriebenen Fabriken in Barcelona 1936.

C.N.T.

Massen können in den Fabriken und Stadtteilen die Macht nicht ergreifen; das erfordert eine neue und zentralisierte revolutionäre Führung, die bis jetzt noch nicht existiert. Aber die Tatsache, daß die Massen sich noch nicht in der Lage befinden, die Macht zu ergreifen, impliziert keineswegs die Unmöglichkeit, jetzt in diesem Moment über Lohnfragen hinausgehende Forderungen durchzusetzen.

Die Arbeiter halten die Fabriken und Nervenzentren der Nation besetzt... Sie müssen sofort eine de facto existierende Macht errichten, die die Bosse und der Staat nicht einfach rückgängig machen können, sobald die „Ruhe“ wiederhergestellt ist...

Diese de facto existierende Macht besteht aus demokratisch gewählten Komitees, die die Arbeiterkontrolle über die gesamte Produktion organisieren...

Diese Komitees sollten entscheiden, welche Unternehmen den Betrieb wieder aufnehmen und zu welchem Zweck — nämlich ausschließlich, um die Bedürfnisse der arbeitenden Bevölkerung zu befriedigen. Sie sollten ein Vetorecht über jedes Investitionsprojekt besitzen. [Hervorhebung von uns]

„From the Bankruptcy of Neocapitalism to the Struggle for the Socialist Revolution“, in *Revolt in France* (1968)

Der französische Generalstreik von 1968 zeigt als ein schlagendes Beispiel, wie und wann ein Etappenkonzept der Arbeiterkontrolle gefährlich ist. Die Arbeiterkontrolle hätte eine *Senkung* des Niveaus der Klassenkämpfe bedeutet. Es hätte bedeutet, eine entscheidende Schlacht auf der Schwelle zum Sieg aufzugeben, und wäre einem Rückzug in den Guerillakrieg gleichgekommen. Die einzig richtige revolutionäre Forderung während der französischen Maiereignisse war die nach der Vereinigung und Zentralisierung der Streikkomitees als embryonaler So-

wjets unter Umgehung einer getrennten Periode der Arbeiterkontrolle.

Trotzki über Deutschland 1931

Trotzkis Artikel von 1931 „Arbeiterkontrolle der Produktion“ sagt absolut eindeutig, daß die Arbeiterkontrolle nicht eine Reform, sondern ein Ausdruck der Doppelherrschaft in einer revolutionären Situation ist:

„Die Arbeiterproduktionskontrolle kann der Bourgeoisie vom Proletariat nur auf dem Weg zur Eroberung der Macht und damit der Produktionsmittel gewaltsam aufgezwungen werden. Somit kann das Regime der Arbeiterkontrolle nur ein provisorisches, ein Übergangsregime sein und nur der Periode der Erschütterung des bürgerlichen Staates, der proletarischen Offensive und des Zurückweichens der Bourgeoisie entsprechen, das heißt: der Periode der proletarischen Revolution im weitesten Sinne des Wortes.“

— Trotzki, *Schriften über Deutschland*

Aus dem historischen Kontext gerissen und oberflächlich gelesen, könnte Trotzki's Artikel jedoch so interpretiert werden, als ob er die Arbeiterkontrolle als ein notwendiges oder normales Frühstadium einer revolutionären Krise postuliere.

Unter Trotzki's umfangreichen Schriften über revolutionäre Strategie und Taktik gibt es nur einen bedeutenden Artikel über die Arbeiterkontrolle — nämlich zu Deutschland im Jahre 1931. Warum hat Trotzki die Forderung nach der Arbeiterkontrolle an diesem besonderen Ort und zu dieser bestimmten Zeit in den Vordergrund gerückt? Warum sah er die Betriebsräte und nicht Sowjets als die wahrscheinlichste Form der Doppelherrschaft? Warum sah

Arbeiterkontrolle...

er die Arbeiterkontrolle und nicht eine massive Streikwelle oder Straßenkämpfe als die wahrscheinliche erste Form der Konfrontation mit der bürgerlichen Autorität?

Erstens sprachen die ökonomischen Bedingungen gegen die Streiktaktik. Angesichts einer scharfen und sich vertiefenden Rezession war es die Aufgabe der Arbeiter, Fabrikschließungen, Aussperrungen und steigende Arbeitslosigkeit zu verhindern.

Abgesehen von wirtschaftskonjunkturellen Überlegungen war Trotzki's Position zur Arbeiterkontrolle bestimmt durch das Kräfteverhältnis zwischen der KPD, die er als bürokratisch-zentristisch mit einem Potential für revolutionäre Erneuerung ansah, einerseits und sowohl den Sozialdemokraten als auch den Nazis andererseits. In den meisten Fällen entspricht die Stärke der Arbeiterbewegung gegenüber den Unternehmern ungefähr ihrer Stärke gegenüber dem Staat. Versucht mal, einen Arbeitskampf in Brasilien, im Iran oder Südkorea zu organisieren. 1931 in Deutschland war die Macht der Arbeiter in den Betrieben jedoch weit größer als auf der Straße. Die Kommunisten allein, eine Minderheit des Proletariats, konnten die SA-Banden nicht überwinden; das Sektierertum der KPD und der Legalismus der Sozialdemokratie verhinderten die vereinte militärische Aktion gegen die Faschisten. Aber der nazistische Machtbereich schloß die Fabriken nicht ein, so daß — militärisch gesehen — der Widerstand gegen die Arbeiterkontrolle weit geringer als gegen andere Formen einer proletarischen Offensive war.

Die deutschen Sozialdemokraten assoziierten Sowjets mit kommunistischer Herrschaft und hätten sich ihnen als einer Form der Einheitsfront widersetzt. Die Stalinisten der „Dritten Periode“ weigerten sich, in den sozialdemokratisch dominierten Gewerkschaften zu arbeiten. Die Betriebsräte waren die einzigen existierenden gemeinsamen Organisationen sozialdemokratischer und kommunistischer Arbeiter. So sah Trotzki in den Betriebsräten und der Arbeiterkontrolle den Weg des geringsten Widerstandes für eine vereinigte proletarische Offensive. Sein Eintreten für die Arbeiterkontrolle war nicht ein universelles taktisches Schema, sondern die konkrete Form für eine Einheitsfront einer tief gespaltenen Arbeiterbewegung gegen die wachsende faschistische Gefahr. Wenn man Trotzki's Position von dem konkreten Tatbestand und dem politischen Verlauf der Fronten in Deutschland 1931 abstrahiert, dann läuft man Gefahr, ein falsches taktisches Schema zu zeichnen, bei dem die Fetischisierung der Arbeiterkontrolle eine Rolle spielt.

Die Bolschewiki und die Arbeiterkontrolle

Die bolschewistische Revolution und der spanische Bürgerkrieg brachten die tiefgehendsten Kämpfe um Arbeiterkontrolle und die einzigen Beispiele weitverbreiteter Arbeiterselbstverwaltung hervor. Deswegen ist die Aneignung dieser zwei historischen Erfahrungen wesentlich, will man unsere programmatischen Positionen in dieser Frage verstehen.

Anders als die russische Revolution von 1905 war das Jahr 1917 nicht von Massenstreiks geprägt. Die Arbeiter wußten, daß der Krieg die russische Wirtschaft erheblich geschädigt und aus dem Gleis geworfen hatte; die Industrie war aufgrund von Maschinenverschleiß und Material-

knappe am Rande des Zusammenbruchs, und die städtische Bevölkerung war vom Hunger bedroht. Die Arbeiterkontrolle entwickelte sich vor allem, um kapitalistischer Schlamperei und Sabotage entgegenzutreten, nicht um ökonomische Zugeständnisse zu erreichen. Lenins starke Unterstützung der Arbeiterkontrolle in dieser Periode entsprang konservativen wirtschaftlichen Motiven. In einem zentralen Artikel, der bezeichnenderweise „Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll“ (September 1917) überschrieben war, erklärte er:

„Kontrolle, Aufsicht, Rechnungsführung — das ist das Entscheidende im Kampf gegen die Katastrophe und gegen die Hungersnot. Das wird nicht bestritten und ist allgemein anerkannt. Aber gerade das ist es, was *nicht getan* wird aus Angst, die Allmacht der Gutsbesitzer und Kapitalisten, ihre maßlosen, unerhörten, skandalösen Profite anzutasten ...“ [Hervorhebung im Original]

Kurz nachdem die bolschewistische Regierung die Macht ergriffen hatte, erließ sie zwei Dekrete (am 14. November und am 13. Dezember), die die in den russischen Fabriken bereits existierende Doppelherrschaft institutionalisieren sollten. Das zweite Dekret beschreibt genau die Befugnisse der Kontrollkommissionen:

„Die Kontrollkommission jedes Unternehmens soll die Menge der für die Produktion erforderlichen Materialien, Brennstoffe, Ausrüstungen, Arbeiter und Techniker usw., die tatsächlich verfügbaren Vorräte und Arbeitskräfte feststellen; die Möglichkeiten der Fortführung oder der Schließung einschätzen; die Arbeitsdisziplin einhalten; kontrollieren, ob Kauf und Verkauf den staatlichen Bestimmungen entsprechen; die Produktivität überwachen und bei der Ermittlung der Produktionskosten assistieren usw. Entscheidungen der Kontrollkommission, bestimmt zur Gewährleistung ihres Funktionierens, sind für den *Besitzer bindend*.“ [Hervorhebung von uns]

Es legt auch fest, daß die unmittelbare Unternehmensleitung in den Händen der Besitzer bleibt und daß die Kontrollkommission von sich aus kein Recht hat, die Unternehmen zu enteignen:

„Der Besitzer behält seine Leitungsrechte über Verwaltung und Betrieb des Unternehmens. Die Kontrollkommission beteiligt sich nicht an der Verwaltung des Unternehmens und ist für dessen Betrieb nicht verantwortlich... Die Kontrollkommission kann in den Gremien, denen gegenüber sie verantwortlich ist, die Frage der Beschlagnahme eines Unternehmens oder irgendeiner anderen Zwangsmaßnahme bei den wirtschaftlichen Staatsorganen vorbringen, aber sie selber hat kein Recht, ein Unternehmen zu beschlagnahmen und zu verwalten.“

abgedruckt in Margaret Dewar, *Labour Policy in the USSR 1917—1928* (1956)

Warum hat Lenin eine Politik vertreten, die er später als eine „widersprüchliche und unvollständige Maßnahme“ beschrieb? Lenins Position zur Arbeiterkontrolle wird erst dann verständlich, wenn man begreift, daß er gegen die rasche Nationalisierung der Industrie war. Noch im Frühjahr 1918 verteidigte er diese Ansicht gegen linkskommunistische Opponenten (Bucharin, Radek, Ossinski). Die Regierung der Bolschewiki verfügte nicht über den technischen und Verwaltungsapparat, der eine vergesellschaftete Planwirtschaft hätte leiten können. Lenin glaubte, daß Rußlands Kapitalisten durch eine Kombination von Zugeständnissen und Druck dazu gebracht werden könnten, dem neuen Sowjetstaat zu dienen. Die Arbeiterkontrollkommissionen waren als unterste Ebene der staatlichen Wirtschaftsadministration gedacht. Zweitens betrachtete Lenin die Arbeiterkontrolle als eine Schule, um proletari-

sche Führungskader zu erziehen, welche die Verwaltung einer vergesellschafteten Wirtschaft allmählich in einer geordneten und effektiven Weise übernehmen könnten.

Der Versuch der Bolschewiki, die Arbeiterkontrolle zu institutionalisieren, scheiterte beinahe sofort. Kapitalisten, die der Sowjetmacht feindlich gesinnt waren, verließen aus Gründen konterrevolutionärer Intrige ihre Fabriken. Arbeiter wiederum, die ihren Unternehmern feindlich und mißtrauisch gegenüberstanden, vertrieben sie und übernahmen die Fabriken. Auf Instruktionen des Obersten Nationalen Wirtschaftsrates (VSNCh), ein Unternehmen *nicht* zu enteignen, kam oft die Antwort, dies sei bereits geschehen. In den Monaten nach der Oktoberrevolution wich die Arbeiterkontrolle der von unten erzwungenen Arbeiterselbstverwaltung.

Die Instruktionen des VSNCh über Produktion und Distribution, die an die einzelnen Fabrikkomitees gingen, wurden oft ignoriert. Die Fabrikkomitees versuchten die Einkommen der Unternehmen durch ungezügelter Konkurrenz um Versorgungsgüter und Märkte zu maximieren. Ein bolschewistischer Führer der Metallarbeitergewerkschaft beschrieb Ende 1917 die Situation folgendermaßen:

„Ein anderer Besitzer kam, der ebenso individualistisch und antisozial wie der frühere war, und der Name des neuen Besitzers war das Kontrollkomitee. Im Donezbecken weigerten sich die Eisenhütten und Bergwerke, sich gegenseitig mit Kohle und Eisen auf Kreditbasis zu versorgen; das Eisen wurde ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse des Staates an die Bauern verkauft.“

zitiert in Maurice Dobb, *Soviet Economic Development Since 1917* (1948)

Ein anderer bolschewistischer Gewerkschaftler faßte im November 1917 die Situation so zusammen:

„Die Arbeiterkontrolle an sich ist ein anarchistischer Versuch, den Sozialismus in einem Unternehmen zu erreichen, und führt in der Praxis zu Zusammenstößen unter den Arbeitern selber und zur gegenseitigen Verweigerung von Brennstoffen, Metallen usw.“

— zitiert in Paul Avrich, *The Russian Revolution and Factory Committees* (unveröffentlichte Dissertation, 1961)

Diese Zitate sind etwas einseitig. Die Zuflucht der Fabrikkomitees zu uneingeschränkter atomisierter Konkurrenz drückte in erster Linie weder bornierte Selbstbezogenheit noch anarchosyndikalistische Vorurteile aus, obwohl beide existierten. Vielmehr reflektierte die wirtschaftliche Situation den Mangel an Autorität und Organisation der neuen Regierung der Bolschewiki inmitten des anarchischen Aufbruchs der Revolution. Die Masse der Arbeiter unterstützte Lenins Regierung in größerem



Lenin und Trotzki 1920.

Penguin

oder geringerem Maße, stellte aber ihre Lebensfähigkeit und Dauer in Frage. Es war verständlich, daß einzelne Fabrikkomitees sich weigerten, auf Kredit eine Regierung zu beliefern, die — so glaubten sie — nicht lange genug existieren würde, um zahlen zu können.

Die katastrophalen Auswirkungen der Arbeiterselbstverwaltung und die dringenden Erfordernisse des heraufziehenden Bürgerkrieges überzeugten die meisten Arbeiter von der Notwendigkeit einer zentralisierten Wirtschaftsführung. Die Einführung des Kriegskommunismus traf auf allgemeine Unterstützung und nur geringen Widerstand.

Der Beginn des offenen Bürgerkriegs Mitte 1918 führte zu Nationalisierungen im großen Maßstab und zur Unterordnung der Fabrikkomitees unter eine zentralisierte Wirtschaftsführung. Lenins ursprünglicher Haupteinwand gegen eine allgemeine Nationalisierung blieb jedoch weiterhin bestehen. Die Regierung der Bolschewiki besaß keinen Apparat, der fähig wäre, eine nationalisierte, zentralisierte Industrie zu leiten. So wandte sie sich an die einzige politisch loyale Organisation, die eine der industriellen Struktur entsprechende Hierarchie besaß — die Gewerkschaften. Unter dem „Kriegskommunismus“ wurde die Wirtschaft durch die Gewerkschaften, nicht durch besondere staatliche Körperschaften geleitet und verwaltet.



Auf Initiative
der CGT
demonstrierten
800 000
Gewerkschaftler
im Mai 1968
in Paris.

Helena Hermes

Arbeiterkontrolle...

Die Leitung der Industrie durch die Gewerkschaften als die traditionellen Arbeiterorganisationen hatte den weiteren Vorteil, syndikalistischen Vorurteilen gegenüber der neuen Sowjetstaatsmacht den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Die Bedrohung durch den weißen Terror verstärkte die Loyalität der Arbeiter gegenüber der Herrschaft der Bolschewiki und rief eine allgemeine Opferbereitschaft hervor. Die Administration der Wirtschaft durch die Gewerkschaften funktionierte relativ gut. Eine Politik, die ursprünglich als reine Zweckmäßige Maßnahme eingeführt worden war, wurde als programmatische Norm für einen Arbeiterstaat akzeptiert. Das neue, auf dem achten Parteikongreß im März 1919 angenommene Programm der Bolschewiki legte fest, daß die Gewerkschaften die tragenden Organe der Wirtschaftsadministration sein würden. In Punkt 5 des Abschnitts „Im Bereich der Ökonomie“ wird erklärt:

„Der Apparat zur Organisierung der vergesellschafteten Industrie muß in erster Linie auf den Gewerkschaften aufbauen. Letztere müssen sich von den engen zünftlerischen Ansichten befreien und sich in große Produktionskombinate verwandeln, die die Mehrheit und nach und nach alle Arbeiter eines jeweiligen Produktionszweiges umfassen.“

— Robert H. McNeal, Hrsg., *Decisions and Resolutions of the Communist Party of the Soviet Union* (1974)

Diese programmatische Erklärung sollte einige Jahre später sehr viel Ärger bereiten.

Die überwältigenden ökonomischen Erfordernisse des Bürgerkriegs unterdrückten alle Differenzen innerhalb der bolschewistischen Partei über die optimale Organisation eines Arbeiterstaates und die Beziehungen zwischen der Staatsadministration, den Gewerkschaften und anderen Arbeiterorganisationen. Nach Ende des Bürgerkriegs explodierten solche Differenzen im Frühjahr 1921, zum Zeitpunkt einer massiven Reaktion gegen die scharfen Einschränkungen und Sparmaßnahmen und gegen die Kommandomethoden des „Kriegskommunismus“.

Auf dem zehnten Parteikongreß im März 1921 trat die halbsyndikalistische Arbeiteropposition für die Führung und Verwaltung der Wirtschaft durch *autonome* Gewerkschaften ein. Trotzki, der in kurzsichtiger Weise bemüht war, die Wirtschaft so schnell wie möglich wieder anzukurbeln, trat für die völlige Integration der Gewerkschaften in den Staatsapparat ein, d. h. für deren Liquidierung als autonome, in sich demokratische Körperschaften. Lenin, dessen Ansichten sich durchsetzten, vertrat eine Mittelposition. Er bestand auf der direkten Leitung der staatlichen Wirtschaft. Dabei unterstützte er auch autonome Gewerkschaften, um die Interessen bestimmter Gruppen von Arbeitern gegenüber der Staats- und Verwaltungshierarchie zu vertreten, die gegen bürokratische Mißbräuche ebenso wie Fehler nicht immun war.

Erst mit der Einführung der Neuen Ökonomischen Politik im Jahre 1921 schuf sich die Regierung eigene, besondere Organe zur Führung und Verwaltung der Wirtschaft. Dadurch gewannen die Gewerkschaften die



Streik portugiesischer Werftarbeiter 1973.

Informations Ouvrieres

Freiheit, die Konsuminteressen bestimmter Gruppen von Arbeitern zu verteidigen. Das Arbeitsrecht von 1922 legte fest, daß Löhne und Arbeitsbedingungen durch Tarifverhandlungen zwischen den Gewerkschaften und den staatlichen „Arbeitgebern“ vereinbart werden sollten.

In den frühen zwanziger Jahren wurde auch eine neue Form der Arbeiterkontrolle als ein maßgebendes, beratendes Organ zum Zwecke der Produktivitätssteigerung eingeführt. Betriebsbesprechungen der gesamten Belegschaft wählten permanente Kontrollkommissionen, um die Durchführung ihrer Empfehlungen zu überwachen. Die stalinistische politische Konterrevolution höhle die Kontrollkommissionen aus und unterdrückte sie schließlich ähnlich wie die Gewerkschaften und alle anderen unabhängigen proletarischen Körperschaften.

In ihrer „Plattform“ von 1927 lenkt die trotzkistische Linksopposition die Aufmerksamkeit auf die zunehmende Verkümmern der Arbeiterkontrolle und die wachsende Indifferenz der Arbeiter gegenüber der Produktivität:

„Die Betriebsbesprechungen haben allmählich jede Bedeutung verloren. Die Mehrzahl der von den Arbeitern angenommenen praktischen Vorschläge wird niemals ausgeführt. Bei vielen Arbeitern wird auch eine Abneigung gegen die Betriebsbesprechungen dadurch erzeugt, daß die von ihnen durchgesetzten Verbesserungen oft nur zu einer Verringerung der Arbeiterzahl führen.“

Die „Plattform der Vereinigten Opposition“ forderte die Stärkung der Kontrollkommissionen:

„Die Aufgaben der Kontrollkommission der Produktionsausschüsse müssen auf eine Überwachung der Durchfüh-

rung ihrer Beschlüsse und auf eine Prüfung, wie weit dabei die Interessen der Arbeiter gewahrt wurden, ausgedehnt werden.“

Das Übergangsprogramm von 1938 nahm die Arbeiterkontrolle in beratendem Sinne als programmatische Norm für einen Arbeiterstaat auf, als integralen Bestandteil proletarischer Demokratie und einer rationalen Wirtschaftsplanung.

Arbeiterselbstverwaltung im spanischen Bürgerkrieg

Während die Arbeiterselbstverwaltung in der russischen Revolution eine kurzlebige, anarchische Episode darstellte, war sie ein zentrales Element in der spanischen Revolution und im Bürgerkrieg. Nach dem niedergeschlagenen Militärputsch vom Juli 1936 flohen die meisten spanischen Kapitalisten oder wurden in die von Francos Armee kontrollierten Gebiete vertrieben. In weiten Teilen Spaniens breitete sich die Arbeiterselbstverwaltung aus, und in Katalonien (wo sich damals 70 Prozent der spanischen Industrie befand), dominierte sie die Wirtschaft. Dort wurde die Arbeiterbewegung von den Anarchosyndikalistinnen mittels ihres Gewerkschaftsverbandes, der Confederación Nacional del Trabajo (CNT), beherrscht. Die Arbeiterselbstverwaltung wurde durch das Kollektivierungsdekret vom Oktober 1936 legalisiert.

Die anarchistischen Massen sahen in der Arbeiterselbstverwaltung keine vorübergehende Angelegenheit und auch

Arbeiterkontrolle...

keine notgedrungen durch den Bürgerkrieg hervorgerufene Maßnahme, sondern die Realisierung ihres Idealprogramms. Sie glaubten, daß das tausendjährige Reich der Freiheit gekommen wäre. Trotz dieser sehr unterschiedlichen politischen Haltung ähnelte die Arbeiterselbstverwaltung in Spanien *anfänglich* den Erfahrungen Rußlands in den Jahren 1917/18. Die anarchistisch geführten Kollektive handelten wie konkurrierende Produktionskooperativen. In denjenigen Kollektiven, wo die Arbeiter genügend Material und finanzielle Reserven, neue Maschinen und Werkzeuge vorfanden und sich einer günstigen Marktnachfrage erfreuen konnten, war ihr Einkommen relativ hoch. In jenen Kollektiven, die nicht im Besitz dieser Vorteile waren, litten die Arbeiter dementsprechend. Die Situation wird gut von Gaston Leval, einem zeitgenössischen französischen Anarchisten und prominenten CNT-Militanten, beschrieben:

„Zu oft übernahmen in Barcelona und Valencia Arbeiter in jedem Unternehmen die Betriebe oder die Werkstätten, die Maschinen, die Rohstoffe und organisierten, indem sie die Weiterexistenz des Geldsystems und normaler kapitalistischer Handelsbeziehungen ausnutzten, die Produktion auf eigene Rechnung und verkauften das Produkt ihrer Arbeit für eigene Zwecke...

Es gab dort deswegen keine echte Vergesellschaftlichung, sondern einen Neokapitalismus der Arbeiter, eine Selbstverwaltung zwischen Kapitalismus und Sozialismus, von der wir behaupten, sie wäre nicht zustande gekommen, wenn die Revolution fähig gewesen wäre, sich unter der Führung unserer Syndikate voll zu entfalten.“

Collectives in the Spanish Revolution (1975)

Die anarchosyndikalistischen Kader, wie Leval, waren bestürzt, daß die „libertären“ Kollektive die Irrationalität und Ungleichheit des kapitalistischen Marktes reproduzierten, eine Situation, die auch den Krieg gegen Franco erschwerte. Die CNT-Hierarchie trat der anarchischen Borniertheit der Kollektive mehr oder weniger erfolgreich entgegen und erzwang ein gewisses Maß an zentralisierter Wirtschaftsführung. Im allgemeinen betrachteten die anarchosyndikalistischen Arbeiter die Unternehmen als Besitz der gesamten CNT, nicht der einzelnen Kollektive. Mittels der CNT schufen die spanischen Arbeiter Wunder in Sachen ökonomischer Organisation. In Katalonien, das keine metallverarbeitende Industrie besaß, errichteten die CNT-Kollektive eine Munitionsindustrie von Grund auf. Das spanische Proletariat legte hervorragende Arbeitsdisziplin, Opferbereitschaft und Erfindungsreichtum an den Tag. Nicht umsonst hat Trotzki die einzigartige Bedeutung der bolschewistischen Partei durch die Feststellung unterstrichen, daß die Masse des spanischen Proletariats ein *höheres* Bewußtsein hatte als die russischen Arbeiter von 1917/18.

Die CNT versuchte mit unterschiedlichem Erfolg die einzelnen Unternehmen in Form von vertikal-integrierten Industriesyndikaten zu vereinigen (z. B. Textilindustrie, Holzverarbeitung usw.). Alle CNT-Syndikate – einzelne Fabriken, in Industriesyndikaten zusammengeschlossene Unternehmen (wie das Textilsyndikat in Alcoy), das Transportwesen, die Dienstleistungsbetriebe – mußten jedoch ihre Beziehungen zur übrigen Wirtschaft mittels kapitalistischer Geschäftsmethoden unterhalten.

Waren die CNT-Kollektive ökonomisch lebensfähig? Jene Kollektive, deren Produktionsprozeß relativ selbstge-

nügsam war, die einen lokalen Markt versorgten, eine Monopolposition und umfangreiche regelmäßige Geldeinnahmen besaßen, waren im allgemeinen „profitabel“. Der Stolz der CNT-Industriekollektive war das Straßenbahnsyndikat von Barcelona, ein örtlich beschränktes Monopol, das einen zentralen Dienst gegen unmittelbare Bargeldbezahlung durchführte. Aber jene Kollektive, die Teil einer langen Produktionskette waren, Rohstoffe importierten und ihre Waren unter Einräumung langfristiger Kredite absetzten oder an die Regierung verkauften (z. B. die Munitionsindustrie) waren ohne staatliche Unterstützung und Kooperation *nicht* lebensfähig. Solche Kollektive waren ganz entscheidend von Staatskrediten abhängig und damit von Parteien, die der Arbeiterselbstverwaltung und den anarchosyndikalistischen Massen feindlich gegenüberstanden. Eine von den anarchistischen Führern vorgebrachte Rechtfertigung für ihren Eintritt in die zentrale Volksfrontregierung war die, nur so sei die staatliche Finanzierung für die CNT-Kollektive zu sichern.

Die Kollektive waren natürlich die entschiedensten Verteidiger der Arbeiterselbstverwaltung. Trotz der Haltung der Arbeiter wiesen die Kollektive ohne eine geplante, vergesellschaftete Wirtschaft eine organische Tendenz auf, sich zu konkurrierenden Produktionskooperativen zu entwickeln.

Die CNT-Bürokratie verwaltete die Kollektive teilweise im Interesse dessen, was sie für ökonomische Rationalität hielt, und teilweise gemäß den Weisungen ihrer Volksfrontpartner. Die CNT tat im Auftrage der bürgerlichen Volksfrontregierung, was die russischen Gewerkschaften im Auftrage der Regierung der Bolschewiki taten; sie disziplinierte die anarchischen, lokalorientierten Tendenzen der Kollektive im Interesse der ökonomischen Ziele der Regierung.

Im Januar 1938 beschloß das „erweiterte Wirtschaftsplenum“ der CNT eine Reihe von Maßnahmen, die dem „Kriegskommunismus“ ähnelten. Diese Maßnahmen verletzten natürlich auf grobe Weise die anarchosyndikalistischen Prinzipien. Eine Inspektionsbehörde wurde geschaffen, um „die erwarteten Normen aufzustellen, die die verschiedenen Industrieinheiten effektiv auf das Ziel hin orientieren sollen, ihre Wirtschaftlichkeit und Verwaltung zu verbessern...“ (zitiert in Vernon Richards, *Lessons of the Spanish Revolution* [1972]). Diese Inspektoren hatten das Recht, die gewählten Fabrikkomitees zu bestätigen. Ferner ermächtigte das Plenum die Manager, Arbeiter wegen Verspätungen, Abwesenheit und Nichteinhaltung der Arbeitsnorm sowie sogenannte „Störenfriede“, die „Zwistigkeiten zwischen den Arbeitern und den Managern oder den Vertretern der Gewerkschaften schüren“, zu entlassen.

Die Volksfrontregierung, mit den Stalinisten in vorderster Linie, erkannte in den Fabrikkomitees und der Arbeiterselbstverwaltung einen Hort unabhängiger proletarischer Macht, der in der Lage war, ihre Autorität in Frage zu stellen. Die Grundlinie der Politik der Volksfront lag deshalb in der Liquidierung der Arbeiterselbstverwaltung und in der Verstaatlichung der CNT-Kollektive. Die CNT war zu mächtig, als daß dieses Ziel mit direkten administrativ-militärischen Mitteln hätte erreicht werden können, so daß die Regierung zu ökonomischer Sabotage griff. Man requirierte Kapitalausrüstungen der Kollektive unter dem Vorwand, sie würden für den Krieg benötigt. Leval erzählt von einem Vorfall, wo das Kriegsministerium

zwei moderne Fräsmaschinen vom Barcelonaer Straßenbahnsyndikat requirierte. Später entdeckte man, daß das Ministerium ein geheimes Lager mit rund 40 vergleichbaren Maschinen besaß.

Die Hauptmethode, mit der die Volksfront die Arbeiterselbstverwaltung sabotierte, war ihre Kontrolle über die Finanzen. Die Regierung hungerte die Arbeiter in den CNT-Kollektiven buchstäblich aus. Leval beschreibt, wie das getan wurde:

„Und als in Katalonien der kommunistische Führer Comorera nach den Maitagen Finanzminister wurde, benutzte er originelle Kampfmittel. Es war klar, daß es schlicht unmöglich war, den überragenden Einfluß der C.N.T.-Syndikate zu zerstören. Ein solcher Versuch hätte die Produktion über Nacht paralyisiert. So nahm Comorera Zuflucht zu zwei komplementären Methoden: auf der einen Seite entzog er den Fabriken die Rohstoffe, oder Lieferungen trafen nicht pünktlich ein. Die daraus resultierenden Produktionsverzögerungen wurden scheinheilig kritisiert. Auf der anderen Seite wurden Lieferungen von Stoffen, Kleidung, Waffen usw. mit einer Verzögerung bezahlt, die das eigene Einkommen der Arbeiter beeinträchtigte. Da die Löhne unter der Oberaufsicht der Syndikate ausgeteilt wurden, richtete sich die Unzufriedenheit eines Teils der Arbeiter gegen die Delegierten der C.N.T. und gegen den Organismus, dessen Vertreter sie waren.“

— *Collectives in the Spanish Revolution*

Der Wendepunkt in der spanischen Revolution, die Maitage von Barcelona, wurde durch einen militärischen Angriff der Volksfrontregierung auf die Arbeiterselbstverwaltung ausgelöst. Das CNT-Kollektiv, das das Telephon-system in der Hand hatte, irritierte die Volksfront besonders, da die anarchistischen Arbeiter somit die Gespräche zwischen den zentralen Ministerien in Valencia und ihren katalonischen Pendants abhören konnten. Am 3. Mai startete der stalinistische Kommissar für öffentliche Ordnung in Katalonien, Rodríguez Sala, einen bewaffneten Angriff auf das Telefónica-Gebäude. Die wütende Antwort der Arbeiter von Barcelona — ein massiver Generalstreik mit der Errichtung von Straßenbarrikaden — war nahe daran, die Regierungskräfte hinwegzufegen, als die anarchistischen Minister García Oliver und Federica Montseny intervenierten, um einen Waffenstillstand zu arrangieren. Dies verschaffte der Zentralregierung Zeit, mit 6000 Angehörigen der Guardia Civil Barcelona zu besetzen.

In der darauffolgenden rechten Reaktion wurden unter anderen der POUM-Führer Andrés Nin und der Anarchist Camillo Berneri ermordet, die linkszentristische POUM wurde unterdrückt und die Anarchisten wurden aus der Regierung ausgeschlossen — obwohl sie der Volksfront gegenüber loyal blieben. Die „Maitage“ zerbrachen das Rückgrat der Avantgarde des Proletariats; dem folgte die Liquidierung der im Juli 1936 etablierten revolutionären Doppelherrschaft, einschließlich der Arbeiterselbstverwaltung, auf dem Fuße.

Die trotzkistische Position gegenüber der Arbeiterselbstverwaltung in der spanischen Revolution wird durch die Tatsache bestimmt, daß sie eine Form proletarischer Doppelherrschaft gegenüber einer in ihrem Wesen bürgerlichen Regierung darstellte. Obwohl wir die anarchosyndikalistische Doktrin kritisieren und ihr entgegentreten, wären wir in der Praxis die entschiedensten Verteidiger der Arbeiterselbstverwaltung, weit entschiedener als die verräterische CNT-Bürokratie. Während eine trotzkistische Führung die Kriegsproduktion der Republik gegen Franco in Gang gehalten und gesteigert hätte, hätte sie die von den Stalinisten unter dem Vorwand der Kriegserfordernisse inspierten staatlichen Requisitionen von Kapitalausrüstungen abgelehnt und bekämpft. Trotzisten hätten gefordert, die offiziellen Vertreter der Volksfrontregierung aus allen Verwaltungsgremien der Kollektive hinauszufegen. Vor allem hätten die Trotzisten auch klar gemacht, daß eine wirkliche Vergesellschaftung der Produktion den Sturz der Volksfrontregierung (ebenso notwendig wie die Niederlage der Franco-Armee) und die Errichtung einer von einer Arbeiterregierung geleiteten und verwalteten Planwirtschaft erforderte.

Diese gegensätzlichen Erfahrungen von Rußland 1917–21 und Spanien 1936–39 demonstrieren, daß unsere Haltung zur Arbeiterkontrolle und Arbeiterselbstverwaltung vor allem von dem Klassencharakter der Staatsmacht abhängt, in zweiter Linie aber auch von der Entwicklung der Revolution: von einer proletarischen Offensive gegen die kapitalistische Herrschaft zur Konsolidierung einer Arbeiterregierung, die eine zentralisierte Planwirtschaft leitet und verwaltet. ■



SPARTACIST

Ein Organ des revolutionären Marxismus

- SPARTACIST, deutsche Ausgabe—1,-- DM
- SPARTACIST, English edition—1,-- DM
- SPARTACIST, édition française—1,-- DM
- SPARTACIST, edición en español—1,-- DM

zu beziehen über:
Spartacist Publishing Co.
Box 1377, GPO
New York, NY 10001, USA

Brief an die Liga Comunista de España

—übersetzt aus *Spartacist*, englischsprachige Ausgabe Nr. 23, Frühjahr 1977

Im Juni 1975 schickte die internationale Spartacist Tendenz (iST) den folgenden Brief an die Liga Comunista de España (LCE), eine der beiden damaligen sympathisierenden Sektionen des „Vereinigten Sekretariats der Vierten Internationale“ (VS) in Spanien. Ein Mitglied des Politischen Büros der LCE hatte uns auf einem Treffen im Februar zu schriftlichen Diskussionen von Organisation zu Organisation aufgefordert und dies war der Anlaß für den Brief. Eine Antwort haben wir nie erhalten, und im weiteren Verlauf hat sich die Politik der LCE beträchtlich geändert. Nichtsdestoweniger behält das Dokument seine volle Gültigkeit als Polemik, die sich an nach links tendierende Elemente im VS richtete.

Ausgehend von der pseudoorthodoxen Phraseologie, die Führer der LTF — die amerikanische Socialist Workers Party (SWP) und die argentinische Partido Socialista de los Trabajadores (PST) — in ihrer Polemik gegen Ernest Mandels Internationale Mehrheitstendenz (IMT) einsetzten, hatte sich die Liga der sogenannten Leninistisch-Trotzkistischen Fraktion (LTF) angeschlossen. Die *Reformisten* von der SWP und PST steckten in ihren eigenen Ländern tief im Sumpf der Klassenkollaboration, während sie im Ausland die IMT ganz abstrakt wegen ihrer Kapitulation vor der Volksfront kritisierten. Damals kritisierte die LCE jedoch nicht nur sehr scharf die französischen Mandelisten, weil sie sich weigerten, die „Union de la Gauche“ als Volksfront zu charakterisieren, sondern griffen auch die andere spanische sympathisierende VS-Sektion, die Liga Comunista Revolucionaria (LCR) an, weil sie in Spanien selbst der Volksfront hinterherlief, wo der Druck zu kapitulieren besonders stark war.

Die LCE war nicht die einzige Gruppe im Einflußbereich des VS, die von der in Wirklichkeit unberechtigten Berufung der LTF auf die Orthodoxie eingenommen war. In der heterogenen Tendenz 4 der französischen Ligue Communiste Révolutionnaire waren sowohl engagierte Anhänger der LTF — deren Politik sie rechts von der zentristischen IMT plazierte — als auch sogenannte linke Opponenten zur Krivine-Führung vertreten. In Portugal weigerte sich die Partido Revolucionário dos Trabalhadores (PRT), die zu der Zeit nicht formell dem VS angeschlossen war, politisch aber der spanischen LCE nahestand, die bonapartistische Bewegung der Streitkräfte (MFA) politisch zu unterstützen, während die mit der IMT liierte Liga Comunista Internacionalista an die „progressiven Offiziere“ der MFA appellierte.

Nachdem dieser Brief geschrieben wurde, hat es eine ganze Reihe von Spaltungen und Fusionen in den spanischen Gruppen gegeben, die sich auf ihre Loyalität zum VS berufen. Ende 1976 spaltete sich die LTF mittendurch, und die PST gründete eine dritte Fraktion im VS, die Bolschewistische Tendenz. Daraufhin spaltete sich die spanische LCE in drei Richtungen: einige Elemente

schlossen sich der LCR an, eine Gruppe von PST-Anhängern trat aus, um die Liga Socialista Revolucionaria zu gründen, und der Rest kam anfänglich unter die feste Kontrolle der SWP. Mitte 1977 aber hatten sich die IMT und LTF auf einen Waffenstillstand geeinigt, ohne jedoch die immer noch bestehenden wichtigen Differenzen zu europäischen Fragen zu bereinigen (insbesondere darüber, wie man vor der Volksfrontpolitik kapitulieren soll). Folglich drückte im Dezember 1977 die Führung des VS eine Fusion zwischen der LCR und den Überbleibseln der LCE durch. Nur etwa die Hälfte der LCE war bereit, alles aufzugeben, wofür sie vier bis fünf Jahre gekämpft hatte, und auf eine so schändliche Weise vor der erzbloistischen LCR zu kapitulieren. Eine kleine Gruppe schloß sich der französischen OCI an, eine zweite bezog ultralinke Positionen in der politischen Nähe von Grandizo Munis und behauptete, Rußland sei kapitalistisch. Die wichtigste Gruppe (etwa ein Drittel der ursprünglichen Mitgliedschaft) behauptet, den Pabloismus und die Volksfrontpolitik zu kritisieren, funktioniert aber immer noch im Kontext der Loyalität gegenüber dem pabloistischen VS.

Die Ereignisse in Portugal im Sommer 1975 und die Debatte, die sie innerhalb des VS auslösten, stellten den entscheidenden Wendepunkt für die LCE dar. In ihren Artikeln über Portugal 1974 und Anfang 1975 betonte sie besonders stark ihre Opposition gegen jede Kapitulation vor der Volksfront. In *Combate* Nr. 23 (Juli 1974) schrieb die LCE:

„... diese Konfrontation zwischen der Volksfrontpolitik der stalinistischen Führung und der Linie der Arbeitereinheitfront, die die Trotzkisten immer unterstützt haben, greift über die französischen Präsidentschaftswahlen und die Bildung der provisorischen Regierung in Portugal hinaus. *Es ist die zentrale strategische Frage, die sich der europäischen Arbeiterbewegung ganz konkret stellt.*“ [Hervorhebung von uns]

Jetzt anscheinend nicht mehr. Anfang 1977 war für die LCE die zentrale Frage in Portugal „der Kampf für Demokratie“!

Im Sommer 1975 stand die portugiesische Sozialistische Partei von Mário Soares an der Spitze einer antikommunistischen Mobilisierung im Namen der (bürgerlichen) „Demokratie“. In ihrem Schlepptau befanden sich die vorgeblichen Trotzkisten der amerikanischen SWP und der französischen Organisation Communiste Internationaliste. Zuerst ging die SWP in der *República*-Affäre über die bloße Verteidigung der Pressefreiheit hinaus und unterstützte Soares politisch gegen die Drucker, die die Druckerei der prosozialistischen Zeitung besetzt hatten (siehe „Fight MFA Suppression of Left Media in Portugal!“, *Workers Vanguard* Nr. 83, 31. Oktober 1975). Dann startete Soares eine Kampagne gegen die Gonçalves-Regierung. Er griff sie an, sie würde einen „Anarcho-Populismus“ tolerieren, und verlangte die Entwaffnung der

Fortgesetzt auf S. 9